Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11–12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u Feiertags in Halle a S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Verlag u. Expedition: Halle Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 57573

Nr. 34 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Bringerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug in Vierteljahr 18.–; monatlich 6.00 Mk. ausschl. Bestellgeld. | Halle, Donnerstag, den 10. Februar 1921 | Anzeigenpreis: [illegible] Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 5. Jahrgang.

Der Aufruf an die Mansfelder Arbeiter.

Aus Scheidemanns Buch — Wie Kommunisten die Arbeiter einigen — 1¼ Millionen abstimmungsberechtigte Oberschlesier.

Arbeiter Mansfelds!

Unabhängig von der in der gestrigen hiesigen Presse veröffentlichten Nachricht über den Besuch von Vertretern des Oberpräsidenten und der im Anschluß daran stattgefundenen Konferenz erklären die Unterzeichneten hiermit folgendes:

Durch die ungesetzliche Einführung der Werkspolizei seitens der Mansfelder Gewerkschaft, die zweifellos provozierend gewirkt hat, wurde der Boden zu den Vorkommnissen in den Mansfelder Landen geschaffen, die in den letzten Tagen voriger Woche zu Massen-Aktionen geführt haben. Nachdem einwandfrei festgestellt ist, daß der Gesamt-Betriebsrats-Ausschuß unter Mitwirkung der Leitung des Bergarbeiterverbandes die strittigen Punkte fast glatt erledigt hatte, müssen die nachfolgenden Aktionen als vollständig verfehlt bezeichnet werden. Da die gewählten Vertreter auch künftig die Interessen der Belegschaft zu wahren verstehen werden, warnen wir um so mehr vor einer Wiederholung derartiger Auftritte, die in ihren Folgen für die gesamten Arbeiter Mansfelds unabsehbar sind.

Es ist unter anderem bereits mit zukünftiger Verweigerung von Notstandsarbeiten gedroht worden.

Sollten derartige Drohungen in die Tat umgesetzt werden, so würde, und das muß jeder vernünftige Bergmann auch einsehen, unabsehbarer, nie wieder gut zu machender Schaden und tiefes Elend über die Mansfelder Lande gebracht werden. Denn bei auch nur vorübergehendem Stillstehen der Pumpen auf den Werken würden die Schächte ersaufen und auf Jahre hinaus wäre jede Arbeits- und Erwerbsmöglichkeit im Mansfelder Bergbau unmöglich.

Gleichzeitig wäre die Versorgung der Bevölkerung mit Licht und Wasser in Frage gestellt.

Nur Unverantwortliche können sich über die vorstehend angeführten Wahrheiten leichtfertig hinwegsetzen. Die Unterzeichneten rücken von solchem Tun und Treiben weit ab und müssen die Verantwortung für die jetzigen Vorgänge sowie für etwa derartig Geplantes ablehnen!

Arbeiter Mansfelds! Haltet fest an den Beschlüssen der gesetzlichen und von Euch gewählten Vertreter.

Eisleben, den 8. Februar 1921.

Der Vorstand des Mansfelder Gewerkschaftskartells.
Die Sozialdemokratische Partei (S.P.D.)
— Unterbezirk Mansfeld. —
Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (U.S.P.)
— Unterbezirk Mansfeld. —

Sachverständigen-Konferenz mit dem Außenminister.

Berlin, 9. Februar. Im Auswärtigen Amt fand heute unter Vorsitz des Reichsministers des Aeußern eine Sitzung von Sachverständigen statt, um die deutsche Stellungnahme zu den Beschlüssen der Pariser Konferenz in der Entschädigungsfrage im einzelnen zu erörtern und die deutschen Gegenvorschläge vorzubereiten. Der Reichsminister des Aeußern gab zunächst einen Ueberblick über die gegenwärtige politische Lage, soweit sie sich auf das Entschädigungsproblem bezieht. Die wirtschaftspolitischen Wirkungen der Pariser Beschlüsse wurden hierbei besonders behandelt.

Nach eingehender Besprechung der einzelnen in Frage kommenden Probleme durch die Anwesenden wurde ein engerer Arbeitsausschuß eingesetzt, der seine Beratungen am nächsten Montag aufnehmen wird. Dem Arbeitsausschuß gehören Vertreter des Handels, der Industrie, der Finanz, der Landwirtschaft, Seeschiffahrt und der Arbeitnehmer an.

•

Die Sachverständigen.

Berlin, 10. Februar. Laut „Voss. Ztg." gehören dem von der Sachverständigenkonferenz im Auswärtigen Amt gebildeten engeren Arbeitsausschuß die folgenden Mitglieder an:

Vorsitzender des Reichswirtschaftsrates Edler von Braun, Geheimrat Wiedfeld vom Direktorium der Fried. Krupp A. G., Generaldirektor Vögler, Melchior-Hamburg, Generaldirektor Lübsen-Essen, Direktor Stauß, Direktor Hans Krämer, Generaldirektor Cuno, Walter Rathenau, Hugo Stinnes, Reichsbankpräsident Havenstein, Generaldirektor Silberschmidt, ferner eine Anzahl Vertreter des Auswärtigen und je ein Vertreter des Reichsministeriums des Aeußern, der Finanzen und des Reichswirtschafts-Ministeriums.

Die Eischerische wollen gehorchen.

München, 10. Februar. Die Verhandlungen der bayerischen Koalitionsparteien wegen der angekündigten Note des bayerischen Kabinetts an die Reichsregierung haben, nach einer Meldung des „Berl. Tagebl." gestern in später Abendstunde zu einer grundsätzlichen Einigung geführt. Die endgültige Formulierung der Note würde heute festgelegt werden. Die bayerische Regierung werde in der Note zwar von ihrem Standpunkt über die Zweckmäßigkeit einer einheitlichen Behandlung der Pariser Beschlüsse nicht abgehen, sie werde sich aber in der Entwaffnungsfrage den Anordnungen, welche die Reichsregierung für notwendig hält und verfassungsgemäß verfügen wird, nicht widersetzen. Bayern sei gewillt, die schwere Not, die der Friede von Versailles uns auferlegt hat, gemeinschaftlich mit den Ländern und dem Reiche zu tragen.

•

So ganz glatt ist dieser Entschluß der bayerischen Regierung doch nicht vor sich gegangen. Im Gegenteil sah es nach ihrer Rückkehr aus Berlin so aus, als wollte sie sich vollständig unter die Oberhoheit S. M. Escherich stellen und es wegen der Entwaffnungsfrage zum Bruch kommen lassen. Erst mußte die fränkische Arbeiterschaft mit der Lossagung von Bayern drohen, ehe sich das Kabinett v. Kahr entschließen konnte, sich dem Interesse des Reichs unterzuordnen. In der Entschließung, die die Sozialdemokratische Partei Nordbayerns faßte, heißt es:

„Kommt die Regierung in Bayern nicht in letzter Stunde zur Besinnung, läßt sie sich auf einen Bruch mit dem Reiche ein, dann wird die arbeitende Bevölkerung von Nordbayern, ebenso wie die Bevölkerung von Schwaben, Württemberg und Baden, das Tischtuch mit München zerschneiden und sich an die Seite des Reiches stellen.

In letzter Stunde warnen wir die Kahr-Regierung. Die nordbayerische Bevölkerung steht fest und treu zum Reiche und wird sich darin nicht wankend machen lassen."

Welche Einwohnerwehren Bayern ohne weiteres entwaffnet.

In unserem Nürnberger Parteiblatte lesen wir ein bezeichnendes Beispiel, wie es sich in Wirklichkeit mit der drohenden kommunistischen Gefahr verhält, die es angeblich nicht gestattet, daß die bayerischen Einwohnerwehren entwaffnet werden. Es veröffentlicht folgendes Schreiben:

Vertreter des Staatskomms.
für Mittelfranken.

An die Kreisleitung Mittelfranken.

Betreff:
Die Einwohnerwehr Zirndorf.

Nachstehend gestatte ich mir, Auszug aus einem an die Kreisleitung der Tech. Nothhilfe Abg. F. gerichteten Schreiben zur gefl. weiteren Veranlassung mitzuteilen:

In Zirndorf kommen als lebenswichtige Betriebe das Wasserwerk und die elektrischen Anlagen in Frage. Ein Schutz durch die dortige Einwohnerwehr ist nicht möglich, da die E.-W. sich nur aus sozialistischen Elementen zusammensetzt und bürgerliche Mitglieder angeblich in ihr nicht geduldet werden. Die Stärke der E.-W. beläuft sich auf 50 M., 300 Gew., 7—8 M.-G. Da die E.-W. Zirndorf in dieser Waffenstärke und Zusammensetzung ihren Zweck im Bedarfsfalle unmöglich erfüllen wird und außerdem § 2 und 4 der Satzungen des Landesverbandes der E.-W. Bayerns nicht entspricht, und die Bürgerlichen anscheinend weder die nötige Energie noch das Interesse zeigen, eine Aenderung der Verhältnisse herbeizuführen, wird hiermit beantragt, daß die dortige E.-W. entwaffnet und aufgelöst wird.

gez. Gareis.

Dieses Schreiben kommt gerade zur richtigen Zeit. Der Vertreter der bayerischen Regierung von Mittelfranken liefert hier selbst den Beweis für die verlogenen Gründe der bayerischen Regierung in der Entwaffnungsfrage. Während die bayerische Regierung der Reichsregierung einreden will, sie könne ohne Einwohnerwehr in Bayern nicht regieren, wird durch vorstehendes geheimes Zirkular offenkundig, daß man die Einwohnerwehr sehr wohl entwaffnen kann, wenn sich dieselbe nicht zu Hilfsdiensten für die Reaktion hergibt. Sobald Sozialdemokraten in der Einwohnerwehr sind, ist die bayerische Regierung sofort bei der Hand, die Einwohnerwehr aufzulösen, während sie darauf verharrt, wo die Führung in reaktionären und monarchistischen Händen liegt, die Einwohnerwehr unbedingt bestehen zu lassen, selbst wenn das Reich und Bayern darüber zugrunde gehen.

Das Vertrauensvotum für Briand.

Paris, 9. Febr. In der heutigen Kammersitzung wurde gegen Mitternacht die von der Regierung gebilligte Tagesordnung Fabry mit 387 gegen 125 Stimmen angenommen.

Die reaktionären Beamtenfänger!

Die letzten Gehaltsregulierungen haben weite Schichten der Beamten nicht zufriedengestellt. Aber es liegt in der Natur jeder großen Bewegung, die sich auf die verschiedensten Kategorien erstreckt, solche unangenehmen Begleiterscheinungen auszulösen, zumal aber dann, wenn sie sich gegen einen Unternehmer richtet, wie das Reich mit seiner durch den Krieg so furchtbar elend gewordenen Finanzlage.

Von der unzufriedenen Stimmung erhoffen nun die Deutschnationalen einen besonderen Vorteil. Und seien wir darüber nicht im Zweifel; im heutigen Beamtenkörper, von dem der übergroße Teil noch dem alten System angehörte, das sie in Botmäßigkeit und politische Meinungslosigkeit hineinzwang, werden nur zu viele noch geneigt sein, den Deutschnationalen wieder auf die Leimruten zu hüpfen, wenn unsere Anhänger nicht auf dem Posten sind und der erlogenen Demagogie die Maske herunterreißen.

Denn das Verhalten der Deutschnationalen ist Demagogie und elende Heuchelei. Das sei klipp und klar an unerschütterlichen Tatsachen festgestellt.

Die Deutschnationalen hatten bei der Behandlung der letzten Beamtenteuerungszulagen am 9. Dezember im Reichstag den Antrag auf Erhöhung der Zulagen um 10 Prozent für alle Beamten, die Sozialdemokraten, um gegenüber der ablehnenden Haltung der Regierung etwas zu erreichen, hatten die 10 Prozent Teuerungszulagen für die Beamten bis zu 8100 Mark Grundgehalt verlangt. Für den Fall der Annahme eines jeden dieser beiden Anträge hatte der Finanzminister Wirth mit seinem Rücktritt gedroht. Damit wäre das Kabinett gesprengt worden. Nachdem der deutschnationale Antrag aber abgelehnt, lehnten die Deutschnationalen auch den minder weitgehenden sozialdemokratischen Antrag ab. Sie stellten sich damit nicht nur auf den Boden des „Alles oder Nichts" und verjagten auch den „Kleinen", nachdem die Großen sie sie nicht haben konnten, die Zulage, nein, sie vereitelten auch, daß sie selber die Regierung ergreifen oder wenigstens ein paar Sitze im Kabinett verlangen konnten, in dem sie dann so ihren Einfluß zur Aufbesserung aller Beamtengehälter geltend machen konnten.

Dies Spielchen entspricht vollständig der demagogischen Haltung, die die Deutschnationalen seit jeher dem Gros der Beamten gegenüber eingenommen. Seit den Zeiten, wo die Deutschnationalen die Macht hatten und fast nichts, entsprechend den damals vorhandenen Mitteln, an Gehältern, aber auch nicht an Rechten und Freiheiten für die große Masse der Beamten bewilligten.

Nicht das alte deutschnational-monarchistische Regiment gab den Beamten Rechte und Freiheiten. Erst die Republik, und in ihr die Macht der Sozialdemokratie, hat mit ihrer Verfassung den Beamten die Rechte aller Staatsbürger gesichert. Sie hat ihnen das äußerst wichtige Recht der Einsichtnahme in die Personalakten gesichert, das ihnen die Deutschnationalen, solange sie die Macht hatten, verweigerten. Und wenn man es heute noch in zahlreichen Fällen illusorisch zu machen sucht, so sind es Parteigänger des alten Systems, Deutschnationale vor allem, die sich an diesem Treiben beteiligen. Die Verfassung der Republik erst verschaffte, wie allen anderen männlichen und weiblichen Staatsbürgern, so auch den Beamten auf politischem wie auf allen anderen Gebieten das Recht der Meinungs- und Organisationsfreiheit und verlangt nur, die politischen Bestrebungen auf verfassungsmäßigem Wege durchzusetzen.

Wie aber war es unter dem alten System? Ein Beamten-Erlaß Wilhelms I. vom 4. Januar 1882 sagt, daß es das Recht des Königs sei, die Regierung und die Politik Preußens nach eigenem Ermessen zu leiten. Es sei nicht nur Pflicht der Minister, sondern der Dienstes gebiete es allen Beamten, diese selbstherrliche Politik zu unterstützen, auch bei den Wahlen. — Das bedeutet klipp und klar die Verjagung der selbständigen politischen Meinung für alle Beamten.

Der ehemalige konservative Minister des Innern von Dallwitz erklärte im Preußischen Landtage am 31. Jan. 1912, daß jeder Beamte ein Eidbrecher sei, der sich der Sozialdemokratie anschließe oder eine antimonarchistische Partei unterstütze. Am Tage darauf vertrat im Landtage den gleichen Standpunkt der konservative Abg. Hennings-Techlin, und die Rechte begleitete beider Ausführungen mit lauter Zustimmung.

Bei der letzten Reichstagswahl unter der Monarchie, der Wahl vom 12. Januar 1912, erließ der Eisenbahn-Direktions-Präsident eine Bekanntmachung, daß jeder Eisenbahnbedienstete, von dem bekannt werde, daß er sozialdemokratisch wähle, die Kündigung des Dienstverhältnisses zu erwarten habe! Und bald darauf, am 20. Februar 1912, sagte der freikonservative Abg. v. Gamp im Reichstag, daß alle Beamten die Pflicht haben, die Sozialdemokratie zu bekämpfen und für die Monarchie einzutreten, daß die Beamten auch dafür mit bezahlt werden.

Also, als die Deutschnationalen die Macht hatten, suchten sie jeden Beamten politisch dahin zu vergewaltigen, daß er sich konservativ und monarchistisch betätigen müsse.

Das freie Koalitionsrecht war den Beamten bei schweren Nachteilen vorenthalten. Erst die Republik gab es ihnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210210-11/fragment/page=0001

Die Beamten konnten sich früher wohl zu Vereinen zusammenschließen, aber ihre Tätigkeit mußte sich nach dem Willen der koalitionsfeindlichen Regierung und der vorgesetzten Beamtenbehörden richten. Sie unterdrückten jede ihnen nicht passende Vereinigung. Ein im „Reichsanzeiger" vom 18. April 1899 veröffentlichter Regierungs-Erlaß besagt, daß allen Staatsbeamten nicht statthaft sei der Beitritt zu Vereinen, die durch massenhaften Zusammenschluß einen Druck zur Durchsetzung ihrer Forderungen auf die Staatsbehörden ausüben oder diese Durchsetzung gar ertrotzen wollen, anstatt die Förderung ihrer Interessen von der Fürsorglichkeit des Reichs oder des Staates zu erwarten. — Das ist das Koalitionsrecht, wie es damals den Beamten gegeben war, als Messer ohne Heft und Klinge.

Schon im Jahre 1896 war das wirtschaftliche und politische Versammlungs- und Petitionsrecht der Beamten fast völlig erschlagen worden. Ein Erlaß des preußischen Ministeriums des Innern vom 18. April wies damals warnend darauf hin, daß Staatsbeamte es gewagt hätten, Petitionen zu unterzeichnen, um das Parlament zu veranlassen, Regierungsvorlagen abzulehnen, oder auch nur abzuändern. Sogar an öffentlichen Versammlungen, in denen solche Petitionen beraten worden seien, hätten Beamte teilgenommen! Ein solches Verhalten sei unvereinbar mit den Pflichten eines Staatsbeamten. Die Regierung sei willens, dieser ihrer Ansicht unnachsichtig Geltung zu verschaffen!

Es klingt heute fast wie ein Erlaß aus fernster rückständigster Zeit. Aber dieser Geist ist geblieben während des ganzen deutschnational-monarchistischen Reichsregiments. Als im Jahre 1908 nur laut wurde, daß die Techniker der preuß.-hessischen Staatseisenbahn die Gründung eines eigenen Verbandes zur Vertretung ihrer Interessen beabsichtigten, erließ der Eisenbahnminister Breitenbach gegen dieses Vorhaben eine offizielle „Warnung". Und jedermann war sich bewußt, was der Wink mit dem Zaunpfahl zu bedeuten hatte.

Und wer hat nicht gehört aus den letzten Jahren vor dem Krieg von dem Kampf und den Maßregelungen, die die Eisenbahnbediensteten zu erdulden hatten, als der Gedanke der freien gewerkschaftlichen Organisation sich bei ihnen zu regen begann! Alle Beschränkungen des Koalitionsrechts aller Beamten aber wurden gerade von den Konservativen, den jetzigen Deutschnationalen, stets gebilligt und damit begründet, daß die Beamten ja das Petitionsrecht — das dreiviertel erschlagene, wie wir sahen — an die gesetzgebenden Körperschaften hatten, um ihre Interessen durchzusetzen. So war es damals, und so wird es wiederum sein, wenn die Beamten sich einfangen lassen, den Deutschnationalen noch einmal zu ausschlaggebender Macht zu verhelfen.

Kaum war am 9. Dezember die deutschnationale Komödie des Schutzes der Beamtenrechte verklungen, da besprach die „Post" schon am Tage darauf, am 10. Dezember, die Frage, ob die Sicherheitspolizei auch wohl zuverlässig sei, wenn sie bei einem Beamtenstreik die Beamtenstreikführer verhaften solle. Das ist die deutschnationale Sorge um die Beamtenfreiheit! Sie brächten mit den Beamtenstreikführern lieber heute als morgen auch die Beamtenrechte in „Sicherheit".

Diese Deutschnationalen werden sich bei den Wahlen in Preußen wie in Schleswig-Holstein und Ostpreußen mit allen Künsten der Demagogie auf die Beamten werfen. Wer von ihnen wieder folgsamer Leibtrabant der alten Konservativen werden und kein freies Wahlrecht, kein freies Koalitionsrecht usw. mehr haben will, der folge den Deutschnationalen und gebe ihnen die Stimme. Er jammere dann aber nicht über die Rutenstreiche, die er nachher von ihnen empfangen wird!

Wie Kommunisten die Arbeiter einigen.

An das erste Jahr der beginnenden Arbeiterbewegung in Deutschland, als Lassalle seine Vorträge im Industriegebiet hielt, wird man erinnert, wenn man liest, was sich am Sonntag in Frankfurt a. M. in einer unabhängigen Wahlversammlung ereignete. Ueber die Gefahren, die Lassalle umgaben, berichtet in freier Form Spielhagen in einem seiner Romane, wie Arbeiter, vom Unternehmer durch Fusel betrunken gemacht, sich in Drohungen gegen den ersten Agitator der deutschen Arbeiter ergingen, aber doch durch die gewaltige Beredsamkeit Lassalles bezwungen wurden. Durch den Fusel kommunistischer Phrasen berauschte Arbeiter haben am Sonntag Dißmann tätlich angegriffen. Das Frankfurter Parteiblatt der U.S.P. schreibt darüber:

„Trotzdem gelang es jedoch Genossen Dißmann, sich dreiviertel Stunden lang leidlich Gehör zu verschaffen. Dann aber ließen sich die Sprengkolonnen nicht mehr zurückhalten. Pfeifen, Schreien, Hochrufe auf Rußland, Explosionen von Feuerwerkskörpern, Gesang der „Internationale" wechselten in bunter Reihenfolge ab. Nachdem das Treiben eine halbe Stunde gedauert hatte, mußte Dißmann seine Ausführungen vorzeitig abbrechen und die Versammlungsleitung schloß darauf die Veranstaltung. Das brachte die Radaugesellschaft in die höchste Raserei. Ihre Führer gaben das Zeichen zum Angriff auf die Rednertribüne. Doch die Versammlungsleitung hatte das vorausgesehen, die Tribüne war abgesperrt. Nur einem der Aufgehetzten war es im Gedränge gelungen, auf die Rednertribüne vorzudringen. Kaum hatte er sie erreicht als er mit einem langen, gezückten Dolch von rückwärts auf den mit einigen Freunden sprechenden Genossen Dißmann zuging, um ihn auf diese Weise zu „widerlegen". Nur dem Dazwischenspringen mehrerer Genossen war es zu verdanken, daß Genosse Dißmann nicht diesem kommunistischen Mordbuben zum Opfer fiel. Noch andere, gleichfalls bewaffnete Kommunisten versuchten nach der Rednertribüne vorzudringen; mehreren von ihnen wurden Schlagringe und Gummiknüttel abgenommen. Als dem Vorsitzenden der Frankfurter Kommunisten, Horst Orsech, Vorhaltungen deswegen gemacht wurden, billigte er es ausdrücklich, auch die Tat seines dolchbewaffneten Parteigenossen fand seinen Beifall."

Die „Freiheit" schreibt dazu: „Das Bild wäre nicht vollständig, wenn man sich nicht daran erinnerte, daß etwa zu gleicher Zeit die Münchener Kommunisten Vereinigungsfeste mit dem nationalistischen Bürgertum feiern. Gegen die eigenen Klassengenossen den Dolch, für die Feinde des Proletariats der Bruderkuß: Soll so die Einheitsfront aussehen, zu der die Kommunisten aufrufen?"

Auch wir hätten etwas zu bemerken. Von Dißmann und von Frankfurt a. M. ging vor 1½ Jahren das Licht der Welt aus, das sie in unabhängiger Beleuchtung zeigte. Die Folgen spürt er jetzt. Unseren Kommunisten in Halle wird es einstmals auch so gehen. Sie zeigen ihren Nachläufern ja kein Ziel sondern ein Phantom. An dem Tage, da sich diese genarrt fühlen, wird sich das Geschick der kommunistischen Großmäuler erfüllen.

Die Folgen des glorreichen Krieges.

Berlin, 10. Februar. Das „Berl. Tagebl." gibt einen Ueberblick über die hohen Kosten, die Deutschland aus der Unterhaltungspflicht der Entente-Kommissionen erwachsen. Etwa 2500 Mitglieder von Entente-Kommissionen leben gegenwärtig in Deutschland auf Reichskosten. Die monatlichen Verpflegungsgelder betragen nach Anordnung des Generals Nollet für den Präsidenten der Ueberwachungskommission 28 500 Mark, für Generale 21 000, Obersten und Oberstleutnants 15 000, Majore 18 500, Subalternoffiziere 12 750, Unteroffiziere 5773 und Mannschaften 3500 Mark. Zu diesen Verpflegungsgeldern kommen die Kosten für die Quartiere, die bei einzelnen Generalen monatlich rd. 12 000 Mark betragen. Danach bezieht ein Entente-Hauptmann allein mit seinen Verpflegungsgeldern bei freier Wohnung mehr als der deutsche Reichskanzler.

Das erste Sozialisierungsgesetz von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Es handelt sich um die Kommunalisierung der Charlottenburger Gas- und Wasserwerke. Unser Redner vertrat im Ausschuß den Standpunkt, das Gesetz ohne schriftlichen Bericht an das Haus gehen zu lassen, um dasselbe noch zu verabschieden. Sofort kündigten die Abgg. Cassel (Dem.) und Leidig (D. Vpt.) an, daß, wenn dieser Antrag angenommen würde, ihre Parteien die schärfsten Mittel der Obstruktion anwenden würden, um die Verabschiedung des Gesetzes zu verhindern. Verwunderlich war es, daß der Demokrat Cassel erklärte, seine Freunde werden gegen dieses Gesetz stimmen, weil es ein Ausnahmegesetz sei.

Etwas schwerer hatte es der Zentrumsabg. Brust, um die Stellung seiner Fraktion klar zu legen. Er sagte zunächst: Wir sind für reelle Entschädigung, für den Rechtsweg: wir sind dagegen, daß die Schöpfgerechtigkeit bis zum Jahre 2000 auf Kosten der Steuerzahler abgefunden werden muß, um dann am Schlusse seiner Rede zu erklären, daß seine Fraktion aber nicht an der Reichsverfassung rühren wolle, deshalb dagegen stimme. Ein Teil des Zentrums, speziell die Arbeitervertreter, die die Spekulationsgewinne nicht entschädigen wollten, mußte sich dem reaktionären Flügel beugen, um das Gesetz kaput zu machen. Und da keiner dulden wollte, daß der andere für ihn zahle, zahlte keiner von beiden.

Die aufgehobene Escherichorganisation in Berlin.

Berlin, 9. Februar. Zu der in einem Teil der Presse erschienenen Nachricht über einen „Waffenfund in Westend" teilt das Polizeipräsidium mit:

Im Zusammenhang mit den Ermittelungen über das Bostelmannsche Notwehr-Regiment hatte das Polizeipräsidium Ende November vorigen Jahres auch den Beweis für das Bestehen einer Berliner Escherichorganisation, des sog. „Berliner Heimatverbandes", erbracht. Näheres über den Aufbau und Wirksamkeit dieser Escherichorganisation und insbesondere über ihre etwaige Bewaffnung ließ sich damals nicht feststellen. Ermittelungen der letzten Tage haben jetzt ergeben, daß der Berliner Heimatverband tatsächlich über Waffen verfügt. Es wurden nämlich am 5. d. M. in der Frankenallee zu Westend etwa 40 Maschinengewehre, 40 000 Schuß Munition sowie einige Karabiner polizeilich beschlagnahmt, und nach den getroffenen polizeilichen Feststellungen sind diese Waffen von einem der Gründer und Leiter des Berliner Heimatverbandes, dem Gerichtsassessor Dr. Hans Joachim Heyl, Charlottenburg, Berliner Straße 49, zusammen mit mehreren anderen Angehörigen des Heimatverbandes nach Westend verbracht worden. Die Ermittelungen über die Herkunft der Waffen sind noch nicht abgeschlossen. Heyl und Genossen haben sich nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. 5. 20., sowie nach § 13 des Reichsentwaffnungsgesetzes vom 7. 8. 20. strafbar gemacht. Heyl selbst ist flüchtig. Fahndungsmaßnahmen gegen ihn sind im Gange.

1 250 000 Abstimmungsberechtigte in Oberschlesien.

Wie die Gleiwitzer „Volksstimme" von zuverlässiger Seite hört, wird die Zahl der Abstimmungsberechtigten in Oberschlesien und aus dem Reiche, die bisher in die Listen eingetragen sind, auf 1 150 000 angegeben. Die Summe ist festgestellt auf Grund genauer Zählungen. Es ist anzunehmen, daß die Zahl auf 1 200 000 bis 1 250 000 Abstimmungsberechtigter anwachsen wird.

Von den bis jetzt eingetragenen Personen stehen rund 900 000 in der Liste A, rund 200 000 in der Liste B und rund 60 000 in der Liste C. Die Wähler von B und C können in ihrer überwiegenden Mehrheit als Wähler für Deutschland angesprochen werden. Da nach vorsichtigsten Einschätzungen von gründlichen Kennern des Landes auch von den 900 000 Stimmen der Liste A mindestens die Hälfte für Deutschland stimmen wird, so hat man einige Anhaltspunkte für die Einschätzung des voraussichtlichen Wahlergebnisses. In der Stadt Gleiwitz beträgt die Zahl der Abstimmungsberechtigten etwa 40 000, wovon der überwiegende Teil deutsch stimmen wird.

Die Liste A enthält die Abstimmungsberechtigten, die in Oberschlesien geboren und dort wohnen; die Liste B enthält diejenigen, die in Oberschlesien geboren sind, jedoch außerhalb Oberschlesiens wohnen; die Liste C, die außerhalb Oberschlesiens Geborenen, dort aber seit dem 1. Februar 1904 Wohnenden. Ferner gibt es noch eine Liste D für die unter dem alten Regime aus Oberschlesien Ausgewiesenen, die aber zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallen dürften.

Diese erfreulich günstigen Angaben des oberschlesischen Blattes entbinden jedoch selbstverständlich keinen einzigen heimattreuen Oberschlesier von seiner heiligen Pflicht, nach Oberschlesien zu fahren und seine Stimme für Deutschland abzugeben. Nach wie vor lautet die Parole: Auf jede Stimme kommt es an!

Die Einspruchsfrist für abgewiesene Oberschlesier verlängert.

Berlin, 9. Februar. Die interalliierte Kommission in Oppeln hat die Frist für Einsprüche gegen Ablehnung der Eintragung in die Stimmlisten bis zum 22. Februar, abends 6 Uhr in Oberschlesien eingehend, verlängert. Es ist hiernach erforderlich, daß die Ortsgruppen der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier die letzten Einsprüche spätestens am 18. Februar auf dem üblichen Wege zur Absendung bringen.

Wer nicht bereits eine von dem paritätischen Ausschuß unterstempelte Mitteilung über seine erfolgte Eintragung

---

Das Fähnlein der sieben Aufrechten.

Novelle von Gottfried Keller.

Der Schneidermeister Hediger in Zürich war in dem Alter, wo der fleißige Handwerksmann schon anfängt, sich nach Tisch ein Stündchen Ruhe zu gönnen. So saß er denn an einem schönen Märztage nicht in seiner leiblichen Werkstatt, sondern in seiner geistigen, einem kleinen Sonderstübchen, welches er sich seit Jahren zugeteilt hatte. Er freute sich, dasselbe ungeheizt wieder behaupten zu können; denn weder seine alten Handwerkssitten noch seine Einkünfte erlaubten ihm, während des Winters sich ein besonderes Zimmer erwärmen zu lassen, nur um darin zu lesen. Und das zu einer Zeit, wo es schon Schneider gab, welche auf die Jagd gehen und täglich zu Pferde sitzen, so eng verzahnen sich die Uebergänge der Kultur ineinander.

Meister Hediger durfte sich aber sehen lassen in seinem wohlaufgeräumten Hinterstübchen. Er sah fast eher einem amerikanischen Squatter als einem Schneider ähnlich; ein kräftiges und verständiges Gesicht mit starkem Backenbart, von einem mächtigen kahlen Schädel überwölbt, neigte sich über die Zeitung „Der schweizerische Republikaner" und las mit kritischem Ausdruck den Hauptartikel. Von diesem Republikaner standen wenigstens fünfundzwanzig Foliobände, wohl gebunden, in einem kleinen Glasschranke von Nußbaum, und sie enthielten fast nichts, das Hediger seit fünfundzwanzig Jahren nicht mit erlebt und durchgekämpft hatte. Außerdem stand ein „Rotteck" in dem Schranke, eine Schweizergeschichte von Johannes Müller und eine Handvoll politischer Flugschriften und dergleichen; ein geographischer Atlas und ein Mäppchen voll Karikaturen und Pamphlete, die Denkmäler bitter leidenschaftlicher Tage, lagen auf dem untersten Brette. Die Wand des Zimmerchens war geschmückt mit den Bildnissen von Kolumbus, von Zwingli, von Hutten, Washington und Robespierre; denn er verstand keinen Spaß und billigte nachträglich die Schreckenszeit. Außer diesen Welthelden schmückten die Wand noch einige schweizerische Fortschrittsleute mit der beigefügten Handschrift in höchst erbaulichen und weitläufigen Denksprüchen, ordentlichen kleinen Aufsätzchen. Am Bücherschrank aber lehnte eine gut im Stand erhaltene blanke Ordonnanzflinte, behängt mit einem kurzen Seitengewehr und einer Patronentasche, worin zu jeder Zeit dreißig scharfe Patronen steckten. Das war sein Jagdgewehr, womit er nicht auf Hasen und Rebhühner, sondern auf Aristokraten und Jesuiten, auf Verfassungsbrecher und Volksverräter Jagd machte. Bis jetzt hatte ihn ein freundlicher Stern bewahrt, daß er noch kein Blut vergossen, aus Mangel an Gelegenheit; dennoch hatte er die Flinte schon mehr als einmal ergriffen und war damit auf den Platz geeilt, da es noch die Zeit der Putsche war, und das Gewehr mußte unverrückt zwischen Bett und Schrank stehen bleiben; „denn," pflegte er zu sagen, „keine Regierung und keine Bataillone vermögen Recht und Freiheit zu schützen, wo der Bürger nicht selber imstande ist, vor die Haustüre zu treten und nachzusehen, was es gibt!"

Als der wackere Meister mitten in seinem Artikel vertieft war, bald zustimmend nickte und bald den Kopf schüttelte, trat sein jüngster Sohn Karl herein, ein angehender Beamter auf einer Regierungskanzlei. „Was gibt's?" fragte er barsch; denn er liebte nicht, in seinem Stübchen gestört zu werden. Karl fragte, etwas unsicher über den Erfolg seiner Bitte, ob er des Vaters Gewehr und Patronentasche für den Nachmittag haben könne, da er auf den Drillplatz gehen müsse.

„Keine Rede, wird nichts daraus!" sagte Hediger kurz. „Und warum denn nicht? Ich werde ja nichts daran verderben!" fuhr der Sohn kleinlaut fort und doch beharrlich, weil er durchaus ein Gewehr haben mußte, wenn er nicht in den Arrest spazieren wollte. Allein der Alte versetzte nur um so lauter: „Wird nichts daraus! Ich muß mich nur wundern über die Beharrlichkeit meiner Herren Söhne, die doch in anderen Dingen so unbeharrlich sind, daß keiner von allen bei dem Berufe blieb, den ich ihn nach freier Wahl habe lernen lassen! Du weißt, daß deine drei älteren Brüder der Reihe nach, sowie sie zu exerzieren anfangen mußten, das Gewehr haben wollten, und daß es keiner bekommen hat! Und doch kommst du nun auch noch angeschlichen! Du hast deinen schönen Verdienst, für niemand zu sorgen — schaff' dir deine Waffen an, wie es einem Ehrenmanne geziemt! Dies Gewehr kommt nicht von der Stelle, außer wenn ich es selbst brauche!"

„Aber es ist ja nur für einige Male! Ich werde doch nicht ein Infanteriegewehr kaufen sollen, da ich nachher doch zu den Scharfschützen gehen und mir einen Stutzer zutun werde!"

„Scharfschützen! Auch schön! Woher erklärst du dir nur die Notwendigkeit, zu den Scharfschützen zu gehen, da du noch nie eine Kugel abgefeuert hast? Zu meiner Zeit mußte einer schon tüchtig Pulver verbrannt haben, eh' er sich dazu melden durfte; jetzt wird man auf Geratwohl Schütze, und Kerle stecken in dem grünen Rock, welche keine Katze vom Dach schießen, dafür aber freilich Zigarren rauchen und Halbherren sind! Geht mich nichts an!"

„Ei," sagte der Junge fast weinerlich, „so gebt es mir nur dies eine Mal; ich werde morgen für ein anderes sorgen, heut kann ich unmöglich mehr!"

„Ich gebe," versetzte der Meister, „meine Waffe niemand, der nicht damit umgehen kann; wenn du regelrecht das Schloß dieser Flinte abnehmen und auseinanderlegen kannst, so magst du sie nehmen; sonst aber bleibt sie hier!" Und er suchte aus einer Lade einen Schraubenzieher hervor, gab ihn dem Sohn und wies ihm die Flinte an. Der versuchte in der Verzweiflung sein Heil und begann die Schloßschrauben loszumachen. Der Vater schaute ihm spöttisch zu; es dauerte nicht lange, so rief er: „Laß mir den Schraubenzieher nicht so ausglitschen, du verdirbst mir die ganze Geschichte! Mach' die Schrauben eine nach der andern halb los und dann erst ganz, so geht's leichter! So, endlich!" Nun hielt Karl das Schloß in der Hand, wußte aber nichts mehr damit anzufangen und legte es seufzend hin, sich im Geiste schon im Strafkämmerchen sehend. Der alte Hediger aber, einmal im Eifer, nahm jetzt das Schloß, dem Sohn eine Lektion zu halten, indem er es erklärend auseinandernahm.

„Siehst du," sagte er, „zuerst nimmst du die Schlagfeder weg mittels dieses Federhakens — auf diese Weise; dann kommt die Stangenfederschraube, die schraubt man nur halb aus, schlägt so auf die Stangenfeder, daß der Stift hier aus dem Loch geht; jetzt nimmst du die Schraube ganz weg. Jetzt die Stangenfeder, dann die Stangenschraube, die Stange; jetzo die Studelschraube und hier die Studel; ferner die Nußschraube, den Hahn und endlich die Nuß; dies ist die Nuß! Reiche mir das Knauenfett aus dem Schränklein dort, ich will die Schrauben gleich ein bißchen einschmieren!"

Er hatte die benannten Gegenstände alle auf das Zeitungsblatt gelegt, Karl sah ihm eifrig zu, reichte ihm auch das Fläschchen und meinte, das Wetter habe sich günstig geändert. Als aber sein Vater die Bestandteile des Schlosses abgewischt und mit dem Oelpinsel befeuchtet hatte, setzte er sie nicht wieder zusammen, sondern warf sie in den Deckel einer kleinen Schachtel durcheinander und sagte: „Nun, wir wollen das Ding am Abend wieder einrichten; jetzt will ich die Zeitung fertig lesen!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751921O21O-11/fragment/page=0002

in die Stimmliste erhalten hat, muß sich sofort bei seiner zuständigen Ortsgruppe melden und Einspruch erheben, desgleichen diejenigen, denen Ablehnungen oder bloße Empfangsbestätigungen zugegangen sind. Wer nicht Einspruch erhebt, verliert das Stimmrecht.

Aus Scheidemanns Buch „Der Zusammenbruch"*).

Der vierte August.

Wir bringen aus dem ersten Kapitel des Buches einige bemerkenswerte Stellen über das Ringen im Parteivorstand und in der Fraktion für und gegen die Annahme der Kriegskredite:

„31. Juli. Gegen Mittag fand eine Sitzung des Parteivorstandes mit dem Fraktionsvorstand statt. Haase suchte, unterstützt von Ledebour, Stimmung zu machen für die Ablehnung der Kredite, wenn der Reichstag einberufen werden sollte. Um zu verhüten, daß ein übereiliter Beschluß in dieser Sitzung gefaßt würde, plaidierte ich für eine Aussetzung des Beschlusses, die Fraktion zu berufen; wir sollten nichts übereilen."

„2. August. ½11 Uhr vormittags im Parteivorstandssaale. Konferenz mit dem Parteivorstand. Ledebour kommt wie gewöhnlich eine halbe Stunde zu spät. Haase und Ledebour sprechen für Ablehnung der Kredite, alle übrigen: David, Fischer, Molkenbuhr und ich sprechen für die Bewilligung. Eine Einigung ist unmöglich. Daß von einer Enthaltung keine Rede sein kann bei uns 111 Mann, betonen alle. In diesen Stunden empfand ich mehr als jemals zuvor das Fehlen Bebels, der immer Sinn für die Wirklichkeit hatte. Haase verlagte als Parteiführer nach meinem Gefühl in geradezu katastrophaler Weise. David sprach ausgezeichnet; Molkenbuhr nüchtern wie gewöhnlich, aber mit durchklagenden Argumenten. Der kluge Fischer wurde so aufgeregt, daß er während seiner Rede einen Nervenchoc bekam und zu weinen begann. Haase und Ledebour waren nicht zu überzeugen, schienen aber doch froh zu sein, daß sie in der Minderheit blieben."

Scheidemann schildert dann ausführlich die Konferenz, die am 3. August zwischen Bethmann-Hollweg und den Fraktionsvorständen im Reichskanzlerhause stattfand. Mit der Bosheit, auf die Freund Scheidemann zu gelegener Stunde nicht gern verzichtet, hat er festgehalten, daß Matthias Erzbergers erste Sorge in dieser Sitzung an Deutschlands Schicksalstage war — die Novelle zum Diätengesetz. Große Sorge machte den versammelten Parlamentariern die Frage, auf wen und auf was am Schlusse der Sitzung des 4. August gehocht werden sollte. Scheidemann, der das Hoch natürlich nicht als ein dringendes Bedürfnis empfand, erzählt:

„Es ab eine neue lange Aussprache, an der sich Haase beteiligte, ohne einen positiven Vorschlag zu machen. Man redete viel von Traditionen, sprach von „unmöglich, gerade jetzt" usw. Ich „flüsterte" währenddessen dem neben mir sitzenden Abgeordneten Spahn so laut, daß Delbrück es hören mußte, ins Ohr: „äußerstenfalls halte ich ein Hoch auf Kaiser, Volk und Vaterland für angängig". Delbrück griff sofort das Stichwort auf und Haase war später (in der Fraktion) glücklich, „daß die Regierung selbst eine so große Konzession an die Sozialdemokratie gemacht habe".

In der dann folgenden Fraktionssitzung ging es sehr stürmisch zu. Hermann Müller platzte aus Paris in die Sitzung hinein und erstattete Bericht über seine Verhandlungen mit den französischen Genossen. Das Buch enthält eine ausführliche Niederschrift Hermann Müllers, der durchaus den Eindruck hatte, daß die Franzosen für die Kredite stimmen würden. Darin hat er sich bekanntlich auch nicht getäuscht.

Scheidemann berichtet weiter: „Nach dem Bericht Müllers wurde die Debatte fortgesetzt. Es sprachen im Namen des Vorstandes: David für „Ja", Haase für „Nein". Dann ging es in dieser Reihenfolge weiter: Molkenbuhr ja, Ledebour nein, Fischer ja, Lensch nein, Kautsky (Kautelen), Liebknecht nein, Cohen ja, Herzfeld nein, Frank ja — dann wurde Schluß gemacht; auf der Rednerliste standen noch Ströbel vom „Vorwärts" für nein, alle anderen waren für ja gemeldet: Stolten, Scheidemann, Landsberg, Bernstein, Blos, Silberschmidt, Zubeil, Stadthagen, Hoch, Ditmann, Davidsohn, Frohme, Göhre, Schöpflin, Wels. Bei der Abstimmung waren vierzehn Abgeordnete für die Ablehnung, alle übrigen für Annahme der Kredite. Anwesend waren insgesamt 92 Kollegen.

Die von der Fraktion beschlossene, von Haase am 4. Aug. 1914 im Reichstag abgegebene Erklärung ist so oft veröffentlicht worden, daß ich sie hier nicht anzuführen brauche. Ausdrücklich will ich aber feststellen, daß nach der Rede des Reichskanzlers am 4. August eine Pause gemacht worden ist, in der die Fraktionen tagten. In der sozialdemokratischen Fraktion machte Ledebour erheblichen Lärm, weil einige Abgeordnete während der Rede Bethmann Hollweges „Bravo" gerufen haben sollten. Von Belgien sprachen weder Ledebour noch Liebknecht, noch irgendein anderer, obwohl der Kanzler den Einfall in Belgien ausdrücklich festgestellt hatte. Die kleinliche Krakeelsucht einzelner Fraktionsmitglieder war daran schuld, daß die größte und wichtigste Frage vollkommen vergessen wurde und gänzlich unerwähnt blieb.

*) Das Buch kann in einigen Tagen in unserer Buchhandlung, Gr. Ulrichstraße 29, zu haben sein. Bestellungen werden schon jetzt entgegengenommen.

Schutzzölle überall.

Die Wirtschaftskrise hat klargelegt, daß die Völker auf einander angewiesen sind und daß der internationale Warenaustausch mit allen Mitteln gefördert werden soll. Diese Einsicht kann sich aber nicht Bahn brechen, da dem mächtige Interessen gewisser Kapitalisten entgegenstehen. Diese wollen ihre wirklichen oder vermeintlichen Interessen durch neue Zölle verteidigen; der Verkehr soll immer durch neue Zollmauern gehemmt werden. Den mit großen Defiziten kämpfenden Staatsbudgets soll auf diese Weise auf die Beine geholfen werden. In den Vereinigten Staaten vertrat Präsident Wilson eine gemäßigte Schutzpolitik; der im Jahre 1912 errichtete Zolltarif hat die Zölle, besonders für Lebensmittel, aber auch für Industrieprodukte, sehr bedeutend herabgesetzt und das Zollverfahren vereinfacht. Der neue Präsident Harding und der neue Kurs ist hochschutzzöllnerisch; der bestehende Zolltarif soll beseitigt und ein neues Schutzzollsystem errichtet werden.

Nicht weniger treten die Schutzzöllner in Frankreich, diesem Lande des hohen Schutzzolles, hervor. Sie haben sogar einen Konflikt mit dem verbündeten Belgien herbeigeführt. (Es werden zwar schöne Trinksprüche auf dieses Bündnis ausgebracht!) Die Hafenstadt Antwerpen hatte vor dem Kriege einen freien Verkehr mit Elsaß-Lothringen; jetzt werden aber auch dort Schutzzölle erhoben und der Handelsverkehr erschwert. Die Belgier mußten Vergeltungsmaßregeln anwenden und die Hafenlager der Franzosen kündigen. Sie werden nunmehr an Deutsche verpachtet!

Auch die spanische Regierung beabsichtigt die Erhöhung ihrer Zölle, besonders für Produkte der Maschinenindustrie. Aehnliche Bestrebungen werden aus Schweden berichtet.

Selbst England, das Land des Freihandels, wird von dieser Welle nicht verschont. Es sind Maßnahmen geplant, welche die Einfuhr von ausländischen Waren — wenn auch auf anderem Wege wie durch Schutzzölle — erschweren sollen.

Zwei Jahre republikanische Regierungsarbeit in Preußen.

Was unter sozialdemokratischer Führung geleistet worden ist.

Die Tatsache, daß ein sehr großer Teil der deutschen Presse heute im Fahrwasser der Schwerindustrie segelt oder Parteien anhängt, die in erbitterter Gegnerschaft zur Republik stehen, bringt es mit sich, daß weite Kreise des deutschen Volkes die Tätigkeit der republikanischen preußischen Regierung nur verzerrt sehen und sich nicht im geringsten darüber klar sind, was an aufbauender Arbeit in den zwei Jahren, die hinter uns liegen, geleistet worden ist. Demgegenüber mußte einmal scharf herausgearbeitet werden, welche Leistungen die neue Staatsleitung aufzuweisen hat, die, ständig behindert und bedroht durch reaktionäre Putschgelüste und kommunistische Kriegsspielerei, sowie vielfach im stillen Kampfe gegen eine zum sehr großen Teil noch mit den Herzen in anderen Regionen weilende höhere Beamtenschaft, unverdrossen und vor allem unter Voranstellung neuer und großzügiger Programme ans Werk gegangen ist. Ein guter Ueberblick über diese Regierungstätigkeit liegt jetzt vor in einem Buche, betitelt „Zwei Jahre Regierungsarbeit in Preußen", das die Pressestelle des preußischen Staatsministeriums im Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W. 35, erscheinen läßt. Wir erhalten einen Begriff davon, was in den einzelnen Ministerien, vor denen sich bei der Regierungsbildung ganz gewaltige Aufgaben emporreckten, an unendlich mühseliger Kleinarbeit und was an großen Werken geleistet worden ist, die von politischer, wirtschaftlicher, volkswirtschaftspolitischer, finanzieller und sozialpolitischer Bedeutung sind. Wir sehen, wie entschlossen die Regierung den Weg zur Demokratisierung der Verwaltung gegangen ist und wir können, wenn wir die interessanten Anlagen des Buches zum Vergleich heranziehen, feststellen, wieviele der hauptsächlichsten Programmpunkte aus dem ersten Aufruf der preußischen Regierung vom 12. November 1919 schon jetzt in die Wirklichkeit umgesetzt worden sind.

Die Lektüre des Buches beweist uns das eine erneut: Wir Sozialdemokraten haben keinen Anlaß, uns unserer Teilnahme an der Koalitionsregierung in Preußen zu schämen. Im Gegenteil, durch die gewaltige Stoßkraft des sozialistischen Gedankens und die persönliche Energie unserer Parteigenossen in den Ministerien sind Resultate erzielt worden, die, wie wir glauben, unter ähnlich schwierigen Verhältnissen in gleich kurzer Zeit wohl noch nicht oft zuwege gebracht worden sind. Unsere Partei, die nach dem politischen Zusammenbruch der Monarchie den Mut hatte, sich vor den Regierungskarren zu spannen, um ihn aus dem Dreck zu ziehen, ist durch die zwei Jahre Regierungsarbeit in Preußen so glänzend gerechtfertigt, daß wir mit doppelter Zuversicht und gesteigerter Arbeits- und Kampfesfreude den Wahlen entgegengehen können.

Notizen.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin fällte gestern in der Angelegenheit der Tarifstreitigkeiten zwischen dem Berliner Magistrat und den städtischen Arbeitern einen Schiedsspruch, der vom 1. November 1920 ab einen 15prozentigen Zuschlag auf den Grundlohn vorsieht. Wie die „Voss. Ztg." annimmt, werden die Arbeiter diesen Schiedsspruch, der ihren Forderungen weit entgegenkommt, annehmen.

Vor dem Schöffengericht in Jena wurde gestern gegen den Verlagsbuchhändler Eugen Diederichs verhandelt, gegen den etwa 200 Offiziere, die 1914 in Belgien waren, Privattlage erhoben hatten, wegen Verbreitung einer Behauptung in der Zeitschrift „Die Tat", der zufolge nach der Beobachtung eines europäischen Diplomaten jeder deutsche Offizier fast ohne Ausnahme beim Einmarsch in Belgien gesoffen haben soll. Das Urteil lautete wegen übeler Nachrede auf 800 Mark Geldstrafe.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

24 Tonnen Gold nach Frankreich.

Berlin, 9. Februar. Zu der von anderer Seite gebrachten Mitteilung, daß 24 Tonnen Gold von Deutschland nach Frankreich transportiert worden sind, hören wir von zuständiger Stelle folgendes: Die Kardinal ist richtig. Es handelt sich hierbei um zwei Golddepots der Dette Publique Ottomane in Höhe von 60 Mill. Mark Gold, die auf Grund des Friedensvertrages den alliierten Regierungen zu übereignen waren. Die Ueberweisung ist erfolgt, nachdem die Dette Publique Ottomane ihre Zustimmung erklärt hat. Der Goldbestand der Reichsbank wird durch die Ueberführung der beiden Golddepots nach Paris nicht vermindert.

Das Urteil im finnischen Kommunistenprozeß.

Kopenhagen, 9. Februar. „Berlingske Tidende" meldet aus Helsingfors, daß in dem großen Kommunistenprozeß jetzt das Urteil gefällt wurde. Unter den verurteilten 14 Personen befinden sich mehrere Kommunistenführer, die zu 4- bis 6jähriger Zuchthausstrafe verurteilt wurden. Die übrigen Angeklagten erhielten geringere Strafen.

Sozialdemokratische Bildungsfragen.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Die Zahl derjenigen, die sozialistische Literatur gelesen haben, ist noch viel zu gering. Noch immer wird die sozialistische Presse und Literatur nicht in dem nötigen Umfange und mit der verdienten Sorgfalt gelesen. Keine Partei betreibt ihre Politik so konsequent und frei von tendenziöser Aufmachung wie die sozialdemokratische Partei und trotzdem stehen ihr noch viele aus den Reihen der Arbeiter fern. Wie irrig ist z. B. die Auffassung, die leider so weit verbreitet ist, das, was sich seit der Revolution abgespielt habe, sei die Verwirklichung des Sozialismus gewesen, womit man Fiasko erlitten habe. Seit wir eine sozialistische Doktrin haben, seit Männer wie Marx, der alte Liebknecht, Lassalle, Bebel und Kautsky den Sozialismus streng wissenschaftlich studiert haben, ist es eine unerschütterliche Tatsache, daß die Umgestaltung, nicht Umsturz der Weltwirtschaft und des Staatslebens nach dem sozialistischen Programm erst erfolgen kann, wenn die Arbeiterschaft die politische Macht errungen hat. Dazu gehört nicht nur ein zahlenmäßiges Uebergewicht über die konservativen Parteien, sondern vor allen Dingen eine Durchsetzung des ganzen Apparates zur Verwaltung des Staatswesens, der inneren und äußeren Politik, mit Männern, die vom sozialistischen Geiste durchdrungen sind.

Drei Gebote muß sich jeder, der den Willen hat, sich und seinen Kindern eine innerlich und äußerlich freie Lebensführung zu verschaffen, fest einprägen und danach sein Leben einstellen:

Sozialdemokrat muß ich sein, weil ich erkannt habe, daß der sozialistische Gedanke den Menschen wieder die Menschenwürde und Rechte verschafft.

Sozialdemokratische Zeitungen muß ich lesen, weil sie ein klares Bild von dem Leben und Streben der Sozialisten aller Länder geben und rückhaltlos für die Interessen der Armen und Aermsten eintreten.

Sozialdemokratische Parteiarbeit muß ich leisten, weil ich sonst den Entwicklungsgang des Sozialismus hindere und die Befreiung meiner Arbeitsbrüder von den Fesseln des Kapitalismus verzögere.

Das wichtigste Rüstzeug aller, die als Sozialisten im Kampfe stehen, sind die Bücher, die das nötige Wissen vermitteln. Gründet Ortsvereinsbibliotheken und bestellt die Bücher in der Buchhandlung „Volksstimme" Halle und in der Volksbuchhandlung Naumburg. 5 Bibliotheken, die alle wichtigen Fragen des sozialistischen Wissens behandeln, sollen nachstehend zusammengestellt werden.

Die erste Bibliothek hat als Grundlage, als Einführungsschrift das Erfurter Programm, und zwar in zwei Exemplaren. Einmal Kautsky und Schönlank: „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie", 1 Mk., und zweitens Kautsky: „Das Erfurter Programm", Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart, etwa 8 Mk. Nur wer eines dieser Bücher kennt, kann sich Sozialdemokrat nennen. Ferner:

3. Was ist der Sozialismus	0,50	Mk.
4. Sozialdemokratie und Landwirtschaft	0,50	„
5. David, Reformentenführer	4,50	„
6. Bebel, Unsere Ziele	1,50	„
7. Lassalle, Arbeiterprogramm	2,00	„
8. Marx und Engels, Kommunistisches Manifest	2,00	„
9. Wilhelm Liebknecht, Wissen ist Macht	2,00	„

Zu den angegebenen Preisen kommt noch ein geringer Teuerungszuschlag.

Die nächste setzt sich folgendermaßen zusammen:

1. Kautsky, Marx' ökonomische Lehren	10,00	Mk.
2. Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft	2,50	„
3. Haussenstein, Die großen Utopisten	3,00	„
4. Parvus, Der Klassenkampf des Proletariats	10,00	„
5. Kautsky, Die soziale Revolution	2,00	„
6. Kautsky, Am Tage n. d. sozialen Revolution	2,00	„
7. Franz Mehring, Deutsche Geschichte	12,00	„
8. A. Bebel, Die Frau und der Sozialismus	10,00	„
9. Kautsky, Wie der Weltkrieg entstand	8,00	„
10. Kautsky, Terrorismus und Kommunismus	6,00	„
11. Stampfer, Religion ist Privatsache	1,50	„

Die dritte Bibliothek berührt schon schwierigere Probleme und hat die Aufgabe, das sozialistische Weltbild nach jeder Seite hin abzurunden. Das wichtigste Buch, das gleichsam den geistigen Halt, die Achse dabei gibt, ist Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Keine Partei in Deutschland kann eine ähnliche, tiefschürfende Arbeit aufweisen. Folgende Aufstellung empfiehlt sich:

1. Fr. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie	55,00	Mk.
2. August Bebel, Aus meinem Leben	40,00	„
3. Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft	8,00	„
4. Werner Sombart, Sozialismus und soziale Bewegung	12,00	„
5. Wilbrand, Sozialismus	30,00	„
6. Bernstein, Die Voraussetzung d. Sozialismus	8,00	„
7. Sombart, Grundlagen und Kritik des Sozialismus	30,00	„
8. Vorländer, Kant, Fichte, Hegel und der Sozialismus	6,00	„
9. Marx, Das Kapital	20,00	„

Sehr wichtig ist die Gemeindevertreterbibliothek. Als wesentlichstes Buch liegt ihr zugrunde: Paul Hirsch, Das Kommunalprogramm. Dieses Buch sollte jeder Gemeindevertreter besitzen. Wir stellen folgende Reihe zusammen:

1. Paul Hirsch, Das Kommunalprogramm	15,00	Mk.
2. Paul Hirsch, Kommunalpolitische Probleme	10,00	„
3. Paul Hirsch, 25 Jahre sozialdemokratische Arbeit in der Gemeinde	40	„
4. Lohmann, Die Arbeit im Elternbeirat	1,50	„
5. Max Apel, Volksschule, Einheitsschule	1,80	„
6. Die Sozialdemokratie in Gemeindevertretungen	0,50	„
7. Die Frau in der Gemeindepolitik	1,00	„
8. Heilig, Kunstpflege	3,00	„
9. Flatow, Kommentar zum Betriebsrätegesetz	11,00	„
10. Einkommensteuergesetz	1,50	„
11. Das Mietrecht	1,50	„
12. Reichsversicherungsordnung	1,50	„
13. Krankenversicherung	1,50	„
14. Die landwirtschaftliche Unfallversicherung	1,50	„
15. Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung	1,50	„
16. Die Versorgung der Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen	2,00	„
17. Versicherungsgesetz für Angestellte	1,50	„

Zur Unterhaltung dient die Bibliothek, die folgende Lektüre aufweist:

1. Preczang, Zu den Tod getrieben	4,50	Mk.
2. Ger, Erwacht	9,00	„
3. Blos, Prinzipienreiter	4,50	„
4. Andersen-Nexo, Der Morgen graut	6,00	„
5. Otto Ludwig, Die Heiterei	6,00	„
6. Ger, Gotteslästerer	6,00	„
7. Neuenhagen, Als Zwischendeckstewart nach Amerika	4,50	„
8. Lessen, Aus Tag und Tiefe	3,50	„
9. Osterroth, Vom Beter zum Kämpfer	6,00	„
10. Steiner, Wilhelm Picard	5,00	„
11. Glasbrenner, Unterm Brennglas	15,00	„

Diese Bibliothek ist besonders geeignet für die Frauen, die an den langen Winterabenden Unterhaltung brauchen.

Laßt diesen Artikel nicht vorübergehen, wie man Hunderte vorübergehen läßt. Heran an die Arbeit! Sie gibt frische Kraft, sie stärkt und schafft das Rüstzeug für den Kampf. Wir brauchen Wissende. Helft unserem Volk!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210210-11/fragment/page=0003

Walhalla
Lichtspiel-Theater

Ab Freitag, den 11. Februar 1921

Der VI. letzte Teil von

Vampire

Kolossalfilm in sechs Abteilungen.
10 Episoden in 11 Akten.

10. Episode.

Die Bluthochzeit.

4 Akte. 4 Akte.
Vorführung: 4.00 6.40 9.30.

Der verbotene Weg

Ein neuartiges Drama mit glücklichem Ausgang in fünf Akten.
In den Hauptrollen:
Edit Posca — Lupu Pick
Wilhelm Diegelmann.
Vorführung: 5.10 8.00 Uhr.

Die neueste Messter-Wochenschau.

Licht-Spiele

Gr. Ulrichstr. 51 Fernruf 4681

Ab morgen! Erstaufführung! Das mit groß. Spannung erwartete Richard Eichbergs gewaltige Sensations- u. Abenteurer-Filmerk

Sträflingsketten.

2 Teile — je 7 Akte

Der Schrei aus der Verbannung

Unschuldig verbannt. — Flucht durch das brennende Meer.
Ein Werk von selten wuchtiger Wirkung. Ein Gesellschafts- und Sensationsdrama, das jeden fesselt, erschüttert und in atemraubender Spannung erhält.
Vorführung: 4.30 6.35 8.45
Der II. Teil: **Das Geständnis vor dem Tode folgt anschließend Freitag, den 18. Februar.**

Einlass 3½ Uhr, Beginn 4 Uhr. Sonntags Beginn 3 Uhr.

Es wird höfl. gebet., nach Möglichkeit die **Nachmittags-Vorstellungen** zu besuchen.

Sonnabend, 12. Februar (Hornung) 5 Uhr abends im Reform-Realgymnasium (Friesenstr.)

Vortrag

von Herrn **Laube-Gera** über
Kleine Leiden (Flechten, Furunkeln usw.) **u. ihre naturgemäße Behandlung**
Eintritt 1 Mk. **Die drei Naturheilv. Halle.**

Karneval-Artikel, Papiermützen, Masken, Kotillon-Touren, Kotillon-Orden.
Die neuesten Schlager und größte Auswahl.
Luftschlangen, Konfetti, Tanzkontroller, Tanzblumen, Eintritts- und Ordenbloks, Girlanden für Saaldekorationen
Zweifel Vereine, Gastbesucher u. Wiederverkäufer billigst bei
Paul Lange,
Halle a. S., Merseburgerstraße 168,
Nähe Riebeckplatz neben Apotheker, 5 Min. v. Hauptbhf.

Zur **Konfirmation** empfehle zu billigsten Preisen
silberne Halsketten mit modernen **grossen Medaillons**
in größter Auswahl.
Juweliere **Tittel, Trauringecke,**
Schmeerstraße 12.

Konfirmanden-Anzüge v. 295 M. an
Schuhe v. 110 M. an
Hüte blau und schwarz v. 44 M. an
extra billig bei
Paul Landgraf,
Schmeerstr. 17/18.

Leipzigerstrasse 88

Fernruf 1224.

Ab morgen, Freitag, d. 11. Febr. 1921,
Der grosse Detektivfilm

Der Mann ohne Nerven

mit **Hch. Peer** in der Hauptrolle.
— 4 spannende Akte —
Aus dem Inhalt: Durch halsbrecherische Flucht mit knapper Not dem Tode entronnen — im fahrenden Gefängnis — Im Safe eingeschlossen u. a.
Vorführung: 5.00 7.10 9.30.

Die vierte Dimension
Lustspiel mit Gerhard Dammann.

Die Medaille der Republik
Lustspiel in 2 Akten.

Die neuesten Wochenberichte.

Beginn: Sonntags 3 Uhr Wochentags 4 Uhr.

U.T.

Alte Promenade 11a

Fernruf 5738.

Ab morgen, Freitag, d. 11. Febr. 1921,
Der sensationelle Abenteurerfilm

Das Geheimnis der Spielhölle von Sebastopol

— 6 atemraubende Akte —
Aus dem Inhalt: Kosakenrazzien — Befreiung aus dem Gefängnis — Raub des Juwelenschmuckes der Zarin-Mutter — Im Spielsaal zu Sebastopol u. a.
Vorführung: 4.30 6.40 9.00

Pension Distel
Lustspiel in 3 Akten.

Lahr in Baden, Naturaufnahme.

Beginn: Sonntags 3 Uhr, Wochentags 4 Uhr.

Wochentags bis 5 Uhr kleine Preise bei vollem Programm.

Die letzten Tage der Weissen Woche

Der beste Beweis, daß wir **gute** Waren **billig** verkaufen ist der große Erfolg unserer Weißen Woche.

Ueberzeugen Sie sich

Beachten Sie unsere Schaufenster.
Besichtigen Sie unsere Waren ohne Kaufzwang am Lager.

Alle Abteilungen unseres Hauses bieten Ihnen beim Einkauf Vorteile über Vorteile.

Alex Michel
HALLE Marktplatz Ecke Kleinschmieden

Sozialdemokratische Partei (S.P.D.)
Weißenfels.
Unser Wahlbüro befindet sich von heute ab im
Hermannsgarten Tel. 677
Bürostunden von 2—7 Uhr nachmittags. Freiwillige Helfer zur Wahlarbeit wollen sich dort in die Liste eintragen lassen. Wir hoffen auf recht rege Beteiligung. Jede Kraft wird gebraucht. **Der Vorstand.**

Nur einmaliges Angebot!
Prima Rohnessel
92 cm breit, kräftige Ware, per Mtr. Mk. 14.— und Mk. 12.— verkaufen
Wünsch & Kaps,
Ludwigs-Wuchererstr. 1a. Nähe Walhalla.
Vorzeiger dieses erhalten einen Extra-Rabatt von 5%.

Allerfeinste frische Margarine
vorzüglicher Buttergeschmack.
F. H. Krause

Dampf-Waschanstalt Halloria
Marienstraße 2
2 Minuten v. Bahnhof entfernt.
Telephon 5692.
Spezialität: Herren-Stärke-Wäsche.
Famil.-Koll- u. Nafwäschen. Gew. u. Stück

Sozialdemokratische Flugschriften
Heft I.
Zur Demokratisierung der Verfassung und Verwaltung.
Von Ernst Ruben.
Preis 50 Pfg.
Buchhandlung der Volksstimme,
Große Ulrichstraße 27.

Freitag und Sonnabend
billige
Fischtage.

Seelachs ohne Kopf	Pfund	3.80 Mk.
Kabeljau ohne Kopf	„	4.60 Mk.
Große grüne Heringe	„	1.80 Mk.
Fischkotelletten	„	4.25 Mk.
Große Nordsee-Rotzungen (keine Isländer)	„	6.00 Mk.
Makrelen-Räucherlinge Kiste 7 Pfund Inhalt	nur	27.00 Mk.

Friedrich Krahmer
Fluss- und Seefischhandlung.
Fischerplan 3. Fernsprecher 6205.
Marktags Verkauf am Wochenmarkt.
Fernsprecher dort 6600.

Burg-Theater

Gr. Gosenstr. 12.
Ab Freitag:
2. Episode, 5 Akte, von
Unschuldig verurteilt.
Eine Erzählung der 1. Episode geht der zweiten voraus.
Als Lustspiel
Auf der Alm mit Henny Porten.

Stadt-Theater

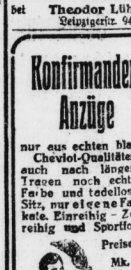
Freitag, den 11. Februar, Anfg. 7½, Ende 9½.
Tiefland.
Sonnabend u. Montag abends 7½ Uhr
Gastspiele des russischen Balletts Injia Zarilah.

ff. Bockwürste
„ Regensburger
„ Würstchen
„ Knoblauchswurst
u. Halberstädter Art, empf. Gastwirten und Wiederverkäufern bei billigst. Berechnung
Heinrich Müller,
Konserv.-Wurstfabrik,
Leipzigerstr. 54, Eingang Martinstr. Telefon 3133

Heute
Nutrische große grüne
Heringe
1 Pfd. ca. 3-4 Stück
2.50
Travemünder
1 Pfd. ca. 7—8 Stück
nur 1.90
Karl Pfeiffer
Neumarktfischhalle
Geiststr. 33. Tel. 6658.
Ecke Albrechtstraße
Haltestelle der Straßenbahn Linie 1a, 7, 8a und 9.
Bei mir werd. Sie gut u. schnell bedient, brauchen keine 5 Min. zu warten

Stuhllehrohr
bei **Theodor Lührs,**
Leipzigerstr. 94.

Konfirmanden-Anzüge
nur aus echten blauen Cheviot-Qualitäten, auch nach längerem Tragen noch echt in Farbe und tadellos im Sitz, nur eigene Fabrikate. Einreihig — Zweireihig und Sportform.



Preise:
Mk.
295.—
325.—
375.—
425.—
450.—
475.—
500.—
525.—
550.—
575.—

Beachten Sie bitte meine Schaufenster, auch ist die Besichtigung meiner Läger ohne Kaufzwang gern gestattet.

Lehrlings-Bekleidung für alle Berufe.

Kleiderfabrik
Julius Hammerschlag,
36 Gr. Ulrichstraße 36 nahe d. Alt. Pro menade.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210210-11/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Zur Haenisch-Versammlung.

Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß deutschnationale Studenten die Haenisch-Versammlung durch systematisches Pfeifen und Johlen zu sprengen beabsichtigen. Genossen, erscheint in Massen, um diesem Beginnen einen Riegel vorzuschieben!

An alle Parteimitglieder! Sonnabend, den 12. Februar, abends 8 Uhr, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstraße, wichtige Zusammenkunft aller Funktionäre und Mitglieder. Alle für die Wahl verfügbaren Kräfte müssen erscheinen. Unsere Mitglieder werden ersucht, bei allen Veranstaltungen das Mitgliedsbuch vorzulegen.

Wohlfahrtsausschuß der SPD. Freitag abend 6 Uhr Sitzung im Parteibüro, Zimmer 38.

SPD. Metallarbeiter Am Sonnabend findet eine Zusammenkunft in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, abends 8 Uhr, statt. Es ist notwendig, trotz der Wahlarbeit, so zahlreich wie möglich zu erscheinen. Ausweis ist mitzubringen. Die Versammlung findet im Zimmer neben der Gaststube statt.

Freier Sängerchor. Die Sangesbrüder versammeln sich am Freitag abend 7 Uhr in der „Saalschloßbrauerei". Die regelmäßige Singestunde fällt aus.

Arbeiterjugend. Die Versammlung am Freitag abend fällt zugunsten der Haenisch-Versammlung in der Saalschloßbrauerei aus.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 10. Februar 1921.

„Das Fähnlein der sieben Aufrechten."

Wir beginnen heute mit dem Abdruck des so benannten Werkes aus dem Novellenschatz Gottfried Kellers, des Meistererzählers. Unsere Leser kennen bereits aus „Romeo und Julie auf dem Dorfe" die wunderbare Gestaltungskunst des Dichters. „Das Fähnlein der sieben Aufrechten" steht in seinem Schaffen mit an erster Stelle. Wir sind sicher, daß auch diese lebensvolle Erzählung Gottfried Keller neue Freunde zuführen wird.

Faschingsepistel.

Die Zeit ist ernst, doch immerhin — geneigt zu manchen Scherzen. — Das „Zentrum" braucht in diesem Sinn — sich nicht erst „anzuschwärzen". — Wenn ein Deutsch-Nationaler sich — nicht recht zu helfen wüßte, — dann holt er seinen „Helfferich" — und haut damit die Kiste! — Der Escherich hat seine Schar — in strammer Zucht entboten — und niemals werden bei ihm rar — (so scheints) die nöt'gen „Noten". — Der eine liebt, der andre „schiebt", — der dritte raubt ganz offen! — Nicht jeder, der etwas „verübt", — wird gleich dabei betroffen! — Fleisch ist zu teuer unbedingt, — wie gut tät schon ein „Härung"! — indessen sinkt und sinkt — die gute deutsche Währung! — Ließ uns der deutsche Wuchrer noch — die Haut am dürren Leibe. — Ententewünsche nehmen doch — noch die zu Ziel und Scheibe! — Wer weiß, was von uns übrig ist, — wenn wieder Fasching läutet! — Man hat uns dann zu dieser Frist — wohl „restlos" ausgebeutet! — Und wenn der Arbeiter sich nicht — besinnt, daß ihm alleine — obliegt die Arbeit und die Pflicht, — dann kommt es nie ins Reine! — Wir müssen vorwärts, müssen Halt — gebieten allen Mächten, — die uns mit Lügen und Gewalt — gern möchten neu entrechten! — Von wo auch immer das Geschrei — erklingt, wir müssens dämpfen! — ob Moskau, Deutsche Volkspartei, — wir müssens niederkämpfen! — Ein Jeder gehe in sich still — und frage, was von nöten, — frag', was er selber mein und will! — Weiß er's, soll er's vertreten! — Vertreten soll mit Wort und Tat — er sein geprüft Erkennen. — Dann sprießt und keimt die junge Saat, — die uns will Ernte gönnen! — Und mutet auch wie Fasching an — oftmals, was wir erleben, — in dieser Zeit auch soll und kann — man manche Schätze heben! — Der Winter weicht, bald schmilzt der Schnee, — drum laß dir prophezeien: — Halt treu und fest zur SPD. — du hilfst die Welt befreien!

Arbeitende Mütter und der Sozialismus.

Arbeitende Mutter! Wer denkt bei diesen Worten nicht an die vielen kleinen, täglichen Ereignisse, die von der werktätigen Mutter erzählen. Wer kennt sie nicht, die hastende Frau, die schon vor Tagesgrauen dahineilt, ihr Liebstes, ihr Kind, das sie zu einem oft unförmigen Bündel zusammengewickelt hat, auf dem Arm, um es zur Pflegemutter oder ins Kosthaus zu bringen! Wer hat sie nicht schon gesehen, die kleinen Gestalten, die bald langsam bald schneller, dem Kindergarten zustreben und hier den Tag ohne Mutter zubringen müssen! Diese Kinder sind zu bedauern, denn sie entbehren des höchsten Genusses der Kinderzeit, der allzeit fürsorgenden Hand der Mutter. Und nicht zuletzt jener Mutter, die sich nicht von ihrem Liebling trennen kann und ihm die Tagesstunden widmet, um dafür am Abend, wenn die kleine Welt in den Schlaf gesunken ist, ihrerseits die Arbeit hernimmt und das Rad der Nähmaschine laufen läßt bis tief in die Nacht hinein, um auch ihr Teil beizutragen zum Unterhalt der Kinder.

Viele dieser Mütter treibt die bittere Not zur Arbeit; aber auch viele hört man sagen: „ich arbeite nur für meine Kinder, die sollen es einmal besser haben als ich". Und doch, wie vieles lassen diese Frauen gerade meistens außer acht; wie leicht fertigen sie den Ruf des Sozialismus, der oft an sie herangeht, mit den Worten ab: „dazu habe ich keine Zeit". Vor lauter Sorge um das Kind vergessen sie die Zukunft der Kinder. Sie hasten und jagen und nehmen sich keine Zeit, darüber nachzudenken, was ihnen die heutige wirtschaftliche Lage zur Pflicht macht. Mütter! denkt auch ihr daran, die Reaktion ruht nicht, sondern sie ist nur darauf aus, uns die Errungenschaften der Revolution wieder zu rauben. Denkt an den Krieg und an seine Folgen, die immer wieder in erster Linie das Volk zu tragen hat. Sollen wir es soweit kommen lassen, daß das kleine Mädchen, das jetzt noch sorglos uns zur Seite spielt, einmal den herben Seelenschmerz der Frau erfährt, die mit starren Blicken dem Zug nachsieht, der ihr Liebstes, den Gatten und Vater ihrer Kinder hinausführt, allen Schrecken des Krieges entgegen? Sollen wir unsere Jungen, von uns mit Stolz und Freude behütet, den gierigen Händen des Kapitalismus ausliefern, der mit allen Mitteln daran arbeitet, sie zu elenden Lohnsklaven zu erniedrigen? Nein und tausendmal nein! Ihr Mütter, darf es soweit kommen, daß wir uns sagen müssen: „Du hättest vieles verhindern können, kraft deines Rechtes als Frau." Darum, Mütter und Frauen, besinnt euch auf euch selbst, gebraucht das Recht, das ihr jetzt in den Händen habt. Helft mit an dem Aufbau eines freien, sozialistischen Staates, damit unsere Kinder das werden, was wir aus ihnen machen wollen: freie, aufrechte Menschen in einem freien sozialistischen Staat. Darum werdet Sozialistinnen, nicht nur dem Worte nach, sondern laßt den Sozialismus in euch zur Weltanschauung werden, damit wir mit den Männern, die uns zu kämpfen lehrten und die sich nicht getäuscht sehen sollen, Schulter an Schulter hohe, edle Ziele nicht nur erstreben, sondern auch verwirklichen.

Der preußische Kultusminister

Konrad Haenisch

spricht

am Freitag abend 8 Uhr

in der „Saalschloßbrauerei".

Die städtische Frauenschule in Halle.

Im September 1920 hat in Berlin ein dreiwöchiger Lehrgang für Oberlehrerinnen an Frauenschulen stattgefunden, an den sich eine Konferenz im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für die Direktoren (Direktorinnen) und Oberinnen der preußischen Frauenschule anschloß. Der zahlreiche Besuch und die Bedeutung der Verhandlungen zeigten, wie seit der Gründung der Frauenschulen 1908 das Verständnis für den Frauenschulgedanken sich verbreitet und vertieft hat, denn daß das junge Mädchen eine Bildungsstätte haben muß, wo es in seine Pflichten als Mutter und Bürgerin eingeführt wird, ist heute ein allgemein anerkannter Gedanke. Die nächsten Jahre werden die Bildungsform zu finden haben durch die allen Töchtern unseres Volkes das Verständnis für solche Pflichten zu vermitteln ist. Die ursprünglich als zweijährig gedachte berufslose Frauenschule hat sich in der Not der Zeit, die zu einem beruflichen Abschluß drängt, oft in eine einjährige verwandelt, an die sich Fachkurse zu einer Berufsausbildung anschließen. Auch an die Städtische Frauenschule ist seit 1915 eine berufliche Ausbildung angegliedert worden. An die Unterstufe (Allgemeine Frauenschule), in die Vollschülerinnen nur zu Ostern aufgenommen werden, schließen sich Fachkurse zur Ausbildung von Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen an. (Eintritt ebenfalls zu Ostern, Dauer 1 Jahr). Nach Abschluß des Fachkursus durch die staatliche Kindergärtnerinnen- und Hortnerinnenprüfung eröffnen sich den jungen Mädchen gute Aussichten auf Stellungen verschiedener Art. Die berufliche Ausbildung fließt zusammen mit derjenigen, die jedes junge Mädchen zur Ausbildung ihrer Pflichten im eigenen Haus und in der Gemeinde sich erwerben muß. — Die berufliche Ausbildung der Städtischen Frauenschule (Burgstr. (45) hat sich seit 2 Jahren noch dahin erweitert, daß einjährige Kurse für Ausbildung von Jugendleiterinnen eingerichtet sind. Die Jugendleiterinnen haben in der kurzen Zeit, (es gibt Jugendleiterinnen seit 1913) einen bedeutsamen Wirkungskreis in dem sozial-pädagogischen Gebiet der Volkswohlfahrt erhalten. Sie sind befähigt, größere mehrgliedrige Kinderfürsorgeanstalten zu leiten (Kindergärten, Kinderheime, Horte usw.) und an Frauenschulen oder Seminaren die Ausbildung von Schülerinnen zu übernehmen. Für diese letztere Arbeit sind die Jugendleiterinnen in der Reichsbesoldungsordnung den wissenschaftlichen Lehrerinnen in der Reichsbesoldungsordnung den wissenschaftlichen Lehrerinnen an höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend gleich gestellt und in Gehaltsgruppe 8 eingeordnet.

An den meisten Stunden können, wenn es der Platz erlaubt, einige Gastschülerinnen teilnehmen, und zwar nicht nur an denen, die der allgemeinen Bildung dienen sondern auch an solchen, die sich auf den Kernpunkt der Frauenschule, den sozial-pädagogischen Unterricht beziehen: Erziehungslehre, Jugendfürsorge, Jugendliteratur, Natur- und Kulturkunde, Handfertigkeit. Denn das sozial-pädagogische Verständnis soll dem deutschen Mädchen nicht nur zur Berufsbildung dienen, sondern ein Bestandteil der weiblichen Bildung überhaupt sein.

Ostern 1921 soll, wenn die ministerielle Bestätigung dazu erteilt wird, und sich die genügende Anzahl von Schülerinnen anmeldet, eine Vorklasse für Schülerinnen der Mittelschule von einem Jahr und eine Vorklasse für Schülerinnen der Volksschule von zwei Jahren eröffnet werden. Nach dieser Zeit können die Schülerinnen in die allgemeine Frauenschule eintreten. Es wird hiermit von unserer Stadt ein neuer Weg eingeschlagen, die so bedeutsame Bildung des deutschen Mädchens zur Mutter und Bürgerin zu verbreiten.

Nähere Auskunft erteilt und Anmeldungen nimmt die Direktorin wochentäglich, außer Sonnabend, von 12—1 Uhr entgegen.

Er muß es ja wissen!

Gestern abend fand eine Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei statt, in der der frühere Adjudant des Kronprinzen, Major Anker über das Thema: Warum wir den Krieg verloren, redete, nein „schnarrte". Ausdrücke wie „Mordskerl", „feine Chose" usw. zeigten dem Einsichtigen von vornherein, wer vor ihm stand. Aber das Publikum hat jeglichen Verstand verloren; es klatschte wie verrückt; auch dann, als der „Dolchstoß" wieder aufgewärmt wurde, als behauptet wurde, wir seien noch gar nicht militärisch genug gewesen und Maximilian Harden vor einer großen Versammlung als „Schweinekerl" bezeichnet wurde.

Aber da gibt es kein Gegengift. Die Leute leben einfach in dem Wahn, daß wir früher politisch herrliche Zeiten hatten und schon unser Schiller sagte: Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens. — Hier eine Frage an den „schneidigen" Referenten: Warum haben Sie sich bei der Untersuchung der Frage: „Warum wir den Krieg verloren?" so ängstlich an strategische Erörterungen gehalten. Sie waren doch in der Etappe. In Charleville, Mezières usw. Jedes ein Kapitel für sich, Etappenleben „ausgeprägtester Sorte". Da müßten Sie doch wissen, warum wir den Krieg verloren.

Verstehen Sie uns oder sollen wir noch ein wenig deutlicher werden? Tausende von Offizieren der Etappe haben in höchstem Maße der Unsittlichkeit gehuldigt. Das furchtbare Elend der Soldaten im Gegensatz zu der Schlemmerei dieser Kreise hat dem gemeinen Mann jede Achtung vor dem Vorgesetzten genommen.

— — — **Sie waren doch bei der Armeegruppe Kronprinz und bei Kronprinzens selbst, nicht wahr?! — Ja, dann nur mal feste drauf losgeredet, denn dann müssen Sie es ja wissen, warum wir den Krieg verloren haben." Wenn Sie mehr wissen wollen, sind wir gerne mit Tatsachen zur Hand.** Im übrigen hat uns der Vortrag bei mäßigem Eintrittspreis ein tadelloses Lustspiel genießen lassen.

Nicht mehr zu überbieten.

Die Polemiken, die in der „Halleschen Ztg." gegen Polizeidirektor Gen. Dölz veröffentlicht werden, sind in einer Form gehalten, die geradezu einen Skandal bedeutet. Wir haben bereits genügend betont, wozu die „Brandartikel ohne Inhalt" dienen sollen: Zur niedrigsten Verhetzung und übelsten Wahlmache. Wo nur noch ein Funken einer anständigen Gesinnung im politischen Kampf vorhanden ist, wird man sich mit Ekel von Pamphleten abwenden, die, wie in der „Halleschen Ztg.", an sachlichen Argumenten kaum einen Hauch verspüren lassen. Die Aufmachung des gestrigen Artikels in der „H. Ztg.", der sich, zum wievielten Male schon (?), mit der Polizei Halles befaßt, stellt die Höhe journalistischer Revolvertaktik dar. Was der Inhalt nicht bringt, sollen die Ueberschriften in fetten Lettern vortäuschen: eine Affäre. Zwei Drittel des Artikels werden, etwas umgegossen, nun schon zum xten Male den bedauernswerten Lesern vorgesetzt. „Einmal muß die Verhetzung doch Eindruck machen," sagen sich die Urheber derselben. „Einmal muß es doch gelingen, den Keil in die Polizeibeamten hineinzutreiben," folgern jene Gesellen. Die Beamtenschaft in zwei feindliche Lager zu spalten, das ist der wahre Beweggrund für die wüste Hetze der „Halleschen Ztg.". Auf die sachlichen „Vorwürfe" kommen wir noch zurück.

Das Recht auf Mutterschaft. Zu diesem Thema erhalten wir von einer Genossin noch eine Zuschrift, die sich im wesentlichen mit den Ausführungen der Gen. Schütze in der Frauenversammlung am Dienstag deckt. Im übrigen bringen die Zeilen zum Ausdruck, daß es jetzt endlich Zeit für alle Frauen und insbesondere Mütter, als Trägerinnen des Lebens, wird, sich mit der ernsten Frage über die Stellung des unehelichen Kindes und seiner Mutter zu beschäftigen. „Bei der lobenden Anerkennung der Ausführungen der Gen. Schütze darf es nicht bleiben. Wir müssen endlich selbst dafür eintreten, daß die sozialistischen Ideen über die Rechte der Frauen und Mütter überall Eingang finden. Die sozialistische Auffassung über diese Frage, die von der Sozialdemokratie seit jeher vertreten wird, kennt keinen Unterschied in Bezug auf Recht und Gesetz zwischen einer ehelichen und unehelichen Mutter." Die Zuschrift wendet sich besonders an die verheirateten Mitschwestern, damit auch sie an den Kampf um das Recht auf Mutterschaft teilnehmen. „Wenn wir wollen, daß in Zukunft vielen Frauen nicht wieder die Erfüllung ihres Naturzweckes verwehrt werden soll, dann muß unser Kampf vor allem dem Kriege gelten. Das gesamte weibliche Geschlecht muß sich bei jedem Gedanken an eine neue Kriegsspielerei einmütig gegen jene Bestrebungen auflehnen." Deshalb, so schließt der Artikel, müssen sich alle Mitschwestern der Partei einordnen, die gegen jede kriegerischen Pläne ankämpft und stets für Freiheit der Frau als Staatsbürgerin und Mensch eingetreten ist, der Sozialdemokratischen Partei. Wer ihr am 20. Februar die Stimme gibt, der unterstützt damit die Bestrebungen der Sozialdemokratie auf volle Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern und unter sich selbst.

Postverkehr mit dem Auslande. Vom 15. Februar an werden wieder Postaufträge und Nachnahmen nach der Tschecho-Slowakei zulässig sein. — Seit kurzem sind zwar Wertbriefe nach Italien zugelassen. Die italienische Postverwaltung befördert aber vorläufig keine Wertbriefe nach Trentino, Istrien und Dalmatien.

Amerikanische Liebesgaben. In der Presse sind Nachrichten über die Ankunft amerikanischer Liebesgaben für Halle verbreitet. Der Zentralausschuß für die Auslandshilfe Berlin teilt auf eine Anfrage des Jugendamtes mit, daß die Liebesgaben noch nicht eingetroffen sind und daß der Wohlfahrtsausschuß Halle bei der Verteilung berücksichtigt werden soll.

Schiebermehl. Gestern vormittag wurde in der Mansfelder Straße ein von auswärts kommender beladener Lastkraftwagen angehalten und durchsucht. Hierbei wurden 46 Zentner Weizenmehl und 8 Zentner Kleie vorgefunden und beschlagnahmt.

Die polizeiliche Bilanz vom Januar. Im Monat Januar wurden festgenommen: 48 Personen wegen einfachen Diebstahls, 28 wegen schweren Diebstahls, 14 wegen Betruges, 10 wegen Hehlerei, 4 wegen Unterschlagung, 1 wegen schwerer Urkundenfälschung, 42 weibliche Personen wegen Umhertreibens, 17 steckbrieflich verfolgte Personen, 20 auf Grund von Haftbefehlen und 38 Personen wegen Bettelns und Obdachlosigkeit. Abgesehen von anderen Straftaten wurden wegen schweren Diebstahls 112, wegen einfachen Diebstahls 220, wegen Unterschlagung 45, wegen Raubes 4, wegen Betruges 52, wegen Hehlerei 9 und wegen Körperverletzung 70 Anzeigen erstattet.

Machen Sie sich's bequem!
Lieferung nach auswärts
Zu ganz besonders leichten Bedingungen verkaufe ich
Auf Kredit
Herren-Anzüge
Burschen-Anzüge
Konfirmanden-Anzüge
Knaben-Anzüge
Cutaways
Schuhe für Herren u. Damen
Hemden für Herren u. Damen
Bettbezüge weiß u. bunt
Inletts, Handtücher,
Bettücher, Barchent,
Gardinen, Strickjacken,
Strümpfe
Carl Klingler
Halle 11 Leipzigerstr. 11
Eingang Sandberg
Kein Laden nur I. Etage.
Bei Anfragen Porto beifügen.
In der II. u. III. Etg. finden Sie Möbel in großer Auswahl. Besonders moderne Küchen und Schlafzimmer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210210-11/fragment/page=0005

Was in der Straßenbahn gefunden wurde. In der Zeit vom 1. bis 31 Januar 1921 sind die nachstehend aufgeführten Gegenstände in den Wagen der städtischen Straßenbahn gefunden worden: 4 Spazierstöcke, 7 Regenschirme, 9 Paar Handschuhe, 14 einzelne Handschuhe, 1 kleine Schere, 2 Geldtaschen, 4 Portemonnaies, 1 Brillenfutteral, 2 Frühstückstaschen, 2 Halsketten, 1 Handtuch, 8 Schlüssel, 1 kleines Brett, 1 Buch, 2 Aktentaschen, 2 Broschen, 1 Fünfmarkschein, 1 Fünfzigpfennigschein, 1 leerer Sack, 1 Schreibheft, 1 Paket Plakate, 1 Monatskarte, 2 Fahrscheinhefte, ein Muff, 1 Klemmer, 1 Schürze, 1 Handtasche, 1 Markttasche, 1 Armband, 1 Taschenmesser, 2 Rasentöpfe. Die Empfangsberechtigten werden unter Hinweis auf §§ 980/981 BGB. ersucht, ihre Rechte in unserem Fundbureau, Berliner Straße 1, innerhalb einer Frist von 3 Monaten vom heutigen Tage an gerechnet, geltend zu machen. Nach Ablauf dieser Frist werden die Fundstücke öffentlich versteigert. Der Zeitpunkt der Versteigerung wird s. Zt. bekanntgegeben.

Verein ehem. 75er. Monatsversammlund heute abend 8 Uhr im Vereinslokal „Schultheiß", Merseburger Str. 10, I. Zahlreiches Erscheinen sehr erwünscht.

Richard Dehmel-Abend.

Dichterabende in der Freien Volksbühne — eine nicht ganz leichte Aufgabe in diesem Rahmen. Selten genug gelang sie literarischen Zirkeln in der größeren Oeffentlichkeit. Unsere Dichter wurden leider bisher zu sehr vom Volke abgegrenzt; daß es bald anders werden möchte, sei auch eine Hauptsorge der Volksbühnenbewegung. Nach dem gestrigen Abend zu urteilen, wird man guter Hoffnung sein können. Die notwendige Aufmerksamkeit war vorhanden. Der Verlauf der Dichterfeier konnte aber nicht ganz befriedigen Der Vortrag des Herrn Dr. Liepe war für eine Volksbühnengemeinde zu philosophisch gestaltet. Den metaphysischen Gedankengängen des ersten Abschnittes wird nur ein Bruchteil der Hörer gefolgt sein. Wer mit zu vielen Voraussetzungen aufbauen will, der kann leicht ein Fiasko erleiden. Als Studienvorlesung wäre jener Vortrag eher am Platze. — Mit Herrn Dr. Biol hatte man einen Sänger für die Lieder des Dichters gewonnen, der mit seinem angenehmen Organ weichere zarte Weisen gut wiedergab, in der Steigerung und in der starken Betonung aber die Klangfülle und Reinheit vermissen ließ. Die Begleitung durch Herrn Kapellmeister Wolfes sei dankbar anerkannt. Vortrefflich eingeführt in den Geist der Dichtungen, in die Dunkelheit und Schwere mancher Gedichte wurden wir durch Herrn Lektor Wittsack. Allen Vortragenden zollte man starken Beifall. Der Saal war bis zum letzten Platz ausgefüllt.

Am Freitag soll eine Wiederholung des Dehmel-Abends stattfinden, die hoffentlich einen gleich starken Besuch aufweist. Zu wünschen wäre eine schnellere Abfertigung an der Garderobe. Es ist nicht erfreulich, nach Schluß des Abends ¾ Stunde auf die Garderobe warten zu müssen. W. L.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr geht „Glaube und Heimat", die Tragödie eines Volkes von Karl Schönherr in Szene. Freitag „Tiefland", Sonntag nachmittag Volksvorstellung bei kleinen Preisen „Flachsmann als Erzieher", Sonntag abend gelangt die Oper „Der Corregidor" von Hugo Wolf zur Erstaufführung. Sonnabend und Montag, abends 7½ Uhr Gastspiele des russischen Balletts Injia Zarifah.

Freie Volksbühne Halle. III. Werk (Lokalbahn, Erster Klasse). Anfang 7½ Uhr. Spieltage: E: Freitag, den 11. Febr., F: Dienstag, den 15. Febr., G: Donnerstag, den 17. Febr., H: Sonnabend, den 19. Febr., I: Montag, den 21. Febr., K: Mittwoch, den 23. Februar, L: Freitag, den 25. Februar.

Das russische Ballett Injia Zarifah ist infolge des großen Erfolges für weitere vier Vorstellungen verpflichtet worden. Injia Zarifah gastiert mit ihrem Ensemble am Sonnabend, den 12. und Montag, den 14. Februar, abends 7½ Uhr, im Stadttheater, Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 3½ Uhr und abends 7½ Uhr im Thalia-Theater. Eintrittskarten an der Kasse des Stadttheaters

„Die Gezeichneten" unter Franz Schrekers persönlicher Leitung am Stadttheater Halle, am Montag, den 21. Februar 1921. Es ist der Intendanz gelungen, für diese Aufführung als Gast Dr. Emil Schipper vom Stadttheater in München für die Partie des Tamare zu gewinnen. Der Künstler gilt als der bedeutendste zurzeit lebende Vertreter des Baritonfaches. Der Vorverkauf zu dieser Aufführung beginnt morgen Freitag, vormittags 10 Uhr.

Eduard Erdmann, der Solist des nächsten Sinfonie-Konzerts, das unter Pfitzners Leitung am Sonnabend, den 19. Febr. stattfindet, hat in der letzten Woche im Berliner Philharmonischen Konzert unter Nikisch außergewöhnliche Triumphe gefeiert. Der junge Künstler wurde von Publikum und Presse mit Beifall überschüttet.

Paul Bender-Liederabend. Nachdem sich nun der berühmte Münchener Kammersänger von seiner Erkältung erholt hat, findet sein Hallischer Liederabend bestimmt Montag, den 14. Februar, abends 8 Uhr, im „Thaliasaal" statt. Alle bereits gekauften Karten sind gültig. Einige Karten zu 15 und 18 Mark sind noch zu haben in der Hofmusikalienhandlung von Reinhold Koch, Alte Promenade.

Czernin-Vortrag. Der Wiener Privatgelehrte Erich von Czernin, der durch seine aufsehenerregenden Forschungen auf okkultem Gebiete in letzter Zeit viel von sich reden machte, wird demnächst in der „Türmeloge" (Albrechtstraße) zwei Vorträge halten. Der erste Vortrag (Mittwoch, den 16. Februar) behandelt „Die Geheimnisse des menschlichen Unterbewußtseins", wobei der Vortragende das Problem der sogenannten „denkenden" Tiere von Krall und der telepathischen Beziehungen zwischen Mensch und Tier besonders erörtern wird. Das Thema des zweiten Vortrages, der am 21. Februar stattfindet, lautet: „Geisterglaube und Forschung" und bringt eine Reihe noch nie gezeichter, besonders interessanter Lichtbilder. Karten bei Reinhold Koch, Alte Promenade.

Provinz und Umgegend.

Radfahrer des Kreises Bitterfeld

werden gebeten ihre Adresse sofort an Genossen Hermann Specht, Roitzsch, Bahnhofsstraße 5, mitzuteilen.

Ammendorf. Unfall oder Selbstmord? Gestern in den Vormittagsstunden wurde an dem Beesener Wasserwerk in Ammendorf eine weibliche Leiche angeschwemmt. Sie ist als die Tochter eines Einwohners in Burg-Ammendorf erkannt worden und war schon seit ungefähr sechs Wochen vermißt. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, konnte noch nicht entschieden werden.

Merseburg. „Ein Fest am deutschen Rhein". Ist es nur möglich, ca. 14 000 Mk. allein für Dekoration auszugeben, um in den Tagen, wo es sich um Sein oder Nichtsein Deutschlands handelt, eine wüste Nacht zu verleben; denn bis zum Morgengrauen hat das „Deutsche Fest" im Schützenhaus gedauert. Man muß am Morgen nach einem solchen Feste die Weinflaschenbatterien gesehen haben! Nun aber eine Frage: „Wieviel Mark hat die Merseburger Rudergesellschaft gestiftet, um der bitteren Not am Christianenwaisenhaus zu steuern? Ihr Herren, die ihr das Geld so leicht verdient, wie ihr es ausgebt, zeigt „euer Deutschtum" wo es gilt!

Geusa b. Merseburg. Wahlversammlungen. Die erste Wahlversammlung unserer Partei hier am Orte war leidlich besucht. Hätten unsere eigenen Parteigenossen ihre Pflicht getan und wären vollzählig angetreten, so wäre der Besuch sogar ein guter gewesen. Gen. Krüger sprach wirkungsvoll über die kommenden Landtagswahlen. Sogar anwesende Gegner konnten sich den angeführten Gründen des Genossen Krüger nicht entziehen und mußten dem Vortrag ihre Anerkennung zollen. Aus diesem Grunde ist es nur zu erklären, daß keiner von ihnen das Wort nahm.

Am folgenden Abend fand dann eine Versammlung der Deutschen Volkspartei statt, in der Mittelschullehrer Brenner aus Merseburg referierte. Er hatte sich eine besondere Aufgabe gestellt. Er wollte dem jetzt das politische Tagesgespräch bildenden Einigungspakt von Stresemann bis Scheidemann, oder von Crispien bis Hergt zur Durchführung verhelfen. Er gab sich die größte Mühe dabei. Sogar nach der Versammlung als man noch gemütlich in der Gaststube beisammensaß. Zunächst gab der Spitzenkandidat der volksparteilichen Kreistagsliste, der Gastwirt nämlich, eine Runde. In dieser Situation kam nun Herr Brenner auch mit dem Vorsitzenden unseres Ortsvereins ins Gespräch. Oder wenigstens: er versuchte es. Denn er wurde dabei ziemlich unsanft gestört durch einen Großbauern, der ihn aufmerksam machte, daß der sozialdemokratische Vorsitzende kein Deutschnationaler wäre, mit dem man auch kein Privatgespräch zu führen habe. Eine schöne Illustration zu der berühmten Einigungsparole. Unsere Parteigenossen sollten eine Lehre daraus ziehen und den Spieß umdrehen Sie sollten es deshalb aber auch ablehnen, gegnerische Blätter zu lesen, sondern einzig und allein die „Volksstimme" abonnieren, die ja mit den neuesten Nachrichten auch immer an demselben Abend zu haben ist.

Oberröblingen. Diebstahl. In der Nacht vom 7. zum 8. Februar wurde dem Gastwirt Fritz Böhme in Oberröblingen (Gasthof zum Salzsee) ein Pferd (kl. russ. Schimmel) gestohlen; die Diebe sind unbemerkt entkommen.

Schraplau. Die feindlichen Brüder! Zum 5. Februar, abends 7 Uhr, kündigte die USP. im Bürgergarten eine öffentliche Wählerversammlung an. Der Verlauf derselben zeigte so recht die Stimmung und verworrenen Ansichten in hiesigen Arbeiterkreisen. Der Referent, Redakteur Bergholz (Zeitz) sprach im großen ganzen klar und sachlich. Die brennendsten Fragen in der äußeren und inneren Politik, sowie die Bedeutung der Landtags-, Provinziallandtags- und Kreistagswahlen für uns Proletarier versuchte er den Anwesenden klar zu machen. Leider blieb diese Absicht ein Versuch, denn die treffenden Ausführungen, die nur wenig von unserem Wahlprogramm abwichen, wurden dauernd durch unsinnige Zwischenrufe unterbrochen wie „Quatschkopf, Verräter!" und dergl. Der Referent konnte es sich im Verlaufe seines Referats nicht entsagen, auch verschiedentlich die SPD. anzugreifen. Natürlich, denn er war ja ein Redner der USP. In der Diskussion fielen diese Angriffe auf seine Partei zurück. Der komm. Diskussionsredner hielt die Verfehlungen unseres Gen. Hänisch betr. der Marburger Studentenangelegenheit, die an Verbrechen grenzenden Anordnungen eines sächsischen Ministers der USP. gegenüber. Hiernach hatte derselbe auf Arbeitslosendemonstranten mit Geschützen und Maschinengewehren schießen lassen. Referent versuchte die Beschuldigung richtig zu stellen; seine Ausführungen gingen in wüstem Lärm und Radauszenen unter. In höchster Erregung rief er: „Wenn überall im Mansfelder Lande solche Sitten in öffentliche Wählerversammlungen üblich wären, dann stände es schlechter wie je zuvor um die Sache der Arbeiter und der lachende Dritte wäre die Reaktion!" Für Versammlungsteilnehmer mit anständiger Gesinnung, hat diese Versammlung im höchsten Grade abstoßend gewirkt und man hatte beim Verlassen des Lokales keinen anderen Ausdruck wie: Pfui Teufel!

Closchwitz. Belegschaftsversammlung. Am heutigen Tage fand in Trebitz eine Belegschaftsversammlung der Kaliwerke Johannashall und Wils statt, um zu der von der Werksleitung vom 19. Februar ab einzuführenden 24stündigen Arbeitswoche Stellung zu nehmen. Inzwischen war von der Werksleitung dem Betriebsrat mitgeteilt worden, daß in nächster Zeit die Werke gänzlich stillgelegt werden sollen. Ursache sollen angeblich Absatzschwierigkeiten sein. Zu der Versammlung waren die Vertreter der beteiligten Organisation geladen Der Bergarbeiterverband — Bezirksleitung Halle — hatte es jedoch vorgezogen, nicht zu erscheinen. Seitens der Belegschaft wird daher der Bezirksleitung das schärfste Mißtrauen ausgesprochen. Auch wir können die Handlungsweise der Bezirksleitung nicht gutheißen. Schon am Freitag glänzte der Vertreter der Bergarbeiter durch Abwesenheit. Nach persönlicher Rücksprache am Sonnabend war der Belegschaft versichert worden, zu der am Montag (7. Febr.) stattfindenden Versammlung einen Vertreter zu schicken. Der Bergarbeiterverband verlangt von seinen Mitgliedern volle Pflichterfüllung, dieselben erwarten aber auch von den Vertretern, daß sie ihre Pflicht und Schuldigkeit voll und ganz tun. Wenn die Bezirksleitung in Halle sich nicht besser ihrer Mitglieder annehmen will, geben wir ihr den Rat, sich von ihrem Posten zurückzuziehen. Im Laufe der Versammlung sprachen die Kommunisten Schneider und Krauser, welche die Belegschaft ermahnten, durch Einigkeit den schweren Schlag nach Möglichkeit abzuwenden. Sie ermahnten auch die Anwesenden, sich nicht durch Parteigezänk zu entzweien. Wenn sich alle Arbeiter diese Mahnung zu Herzen nehmen, dann muß die Arbeiterschaft einig werden. An den Reichstag wurde ein Telegramm abgesandt, in welchem die Belegschaft aufs schärfste gegen die Stillegung der Werke protestiert.

Weißenfels. Die Rentner. Die jetzige Notlage hat auch einen Deutschen Rentnerbund und eine Ortsgruppe dieses Bundes in Weißenfels gezeitigt. Wir verkennen durchaus nicht die schwierige Lage der Kleinrentner. Ein Rentner in der Vorkriegszeit mit einem Vermögen von 80 bis 100 000 Mark konnte ein beschauliches Dasein führen. Heute reichen die Zinsen von 300 000 Mark kaum aus, um einigermaßen sein Leben fristen zu können. Nach ihren Grundsätzen fordert die sozialistische Partei für jeden erwerbsunfähigen werktätigen Arbeiter, oder bei Vollendung des 65. Lebensjahres, eine Staatsrente. Aus diesem Gedanken heraus kann auch den Kleinrentnern und Rentnern nur dann ein Anrecht auf Verbesserung ihrer Lage aus Staatsmitteln, Nachlaß von Steuern usw. zugestanden werden, wenn sie entweder invalide, d. h. also arbeitsunfähig sind, oder das 65. Lebensjahr vollendet haben. Im anderen Falle wäre es eine unberechtigte Bevorzugung gegenüber den Sozialrentnern, weil diese im höchsten Falle eine Jahresrente von zirka 800 Mark ihr eigen nennen dürfen und ihre Arbeitskraft in jahrelanger Arbeit dem Staate zur Verfügung gestellt haben und ein Rentner dagegen ein 10 bis 20faches Einkommen bezieht — denn mit 800 Mark Jahreseinkommen hätte wohl niemand den Rentnerberuf ergriffen — wo viele der Rentner, meist schon in jungen Jahren, ohne erwerbsunfähig zu sein, ihr süßes Nichtstun bereits ausübten oder ausüben konnten. Beim Tode des Rentners verbleibt den Hinterbliebenen außerdem das Vermögen und der Zinsgenuß, während beim Ableben des Staatspensionärs das Jahreseinkommen in der Hauptsache fortfällt. Aus dem Grundsatz „gleiches Recht für alle" muß daher gefordert werden, daß eine Bevorzugung der Rentner keineswegs erfolgen darf.

Domnitz (Saalkr.) Wählerversammlung der SPD. Am Sonntag wurde hier der Wahlkampf unserer Partei mit einer glänzenden Versammlung eröffnet. Trotz der Tatsache, daß am Nachmittag die VKPD. eine Versammlung abgehalten hatte, hatten wir abends ein volles Haus zu verzeichnen. In einem 1½stündigen sehr sachlichen Vortrag rollte Genosse Karl Garbe (Halle) die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Ereignisse der letzten Zeit, ausgehend vom Ausbruch des Krieges, auf und begründete damit die Stellungnahme unserer Partei. In der Diskussion sprach als erster Röber (Löbejün) (VKPD.). Im allgemeinen unterstrich er völlig das Referat des Gen. Garbe, erging sich aber dann in den alten abgedroschenen Kraftausdrücken der VKPD., wie z. B. Kreditbewilligung, Todesstrafe usw. Sodann sprach ein Herr Kämerer (Domnitz), welcher sich zu den Christlich-Sozialen bekannte, aber voll und ganz auf den Boden der Ausführungen Garbes stand, nur einige Auswürfe gegen das Judentum vom Stapel ließ. Gen. Garbe war es im Schlußwort ein leichtes, beiden Rednern zu antworten; er ging auf die einzelnen Punkte genau ein, wies zum Schluß auf die Wahlen hin und ermahnte die Versammlung, ihre Stimmen am 20. Februar der sozialdemokratischen Partei zu geben. Der Beifall läßt uns hoffen, daß auch hier unsere Bewegung hochkommt.

Queß. Wählerversammlung. Zum erstenmal nach dem Kriege fand sich auch hier die Wählerschaft in einer öffentlichen Volksversammlung der SPD. zusammen. Gen. Lanzke (Halle) sprach in sachlicher, jedermann leicht verständlicher Form über den kommenden Großwahltag. Besonders streifte der Referent das Siedlungsgesetz und dessen Ausführungsbestimmungen. In der Diskussion meldete sich ein Kommunist zu Worte, der in durchaus sachlicher nicht hetzender Form seine Ideen und Ansichten zum Besten gab. Im Schlußwort wurden auch diese kommunistischen Ideen vom Referenten zerpflückt. Mit der Aufforderung, die „Volksstimme" zu lesen und für die Partei zu agitieren, schloß Gen. Kronbügel (Zörbig) die Versammlung.

Dautzschen. Versammlung Am 2. 2. hielten wir in unserem Orte die erste Wahlversammlung ab. Genosse Dietrich (Falkenberg) sprach über „Die Bedeutung der Wahlen am 20. Februar". In gut durchdachter Rede schilderte er das Verhalten der verschiedenen Parteien im Reichs- und Landtag, unter besonderer Hervorhebung der Leistungen unserer Parteigenossen in der Regierung. Seine Rede klang in dem Wunsch aus, am 20. d. Mts. durch Abgabe eines SPD.-Stimmzettels allen unseren Gegnern die rechte Antwort zu geben. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Nach Aufforderung des Versammlungsleiters, nicht nur bei den Wahlen, sondern auch durch Beitritt zur Partei und Lesen der „Volksstimme" sich frei zur SPD. zu bekennen, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Großtreben. Versammlung. Am 3. 2. sprach hier der Genosse Dietrich (Falkenberg) über die Bedeutung des 20. Februar. Die Versammlung war nur mäßig besucht, was zum Teil am schlechten Wetter, zum Teil an der Parole der hiesigen Kommunisten, die Versammlung nicht zu besuchen, liegen mochte. Anscheinend fürchten unsere Kommunisten für ihre Schäflein. Trotzdem wird es auch hier vorwärts gehen!

Zeuchefeld b. Freiburg. Wählerversammlung. Die Roßbacher Ortsgruppe hatte eine öffentliche Volksversammlung in Zeuchefeld einberufen, in der Gen. Throniker (Weißenfels) über die politische Lage und die preußischen Wahlen am 20. Februar sprach. Zahlreich waren die mittleren und kleineren Bauern mit ihren Gemeindevorstehern erschienen und mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgten sie die Lebensfragen der deutschen Republik. Genosse Throniker gab einen Rückblick auf die Tätigkeit der Sozialdemokraten in den Parlamenten, streifte besonders die Siedlungsfrage des Bauernstandes einst und jetzt. Die Zustimmung und der allseitige Beifall bewiesen, daß der Redner den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte Der klingende Erfolg und der Wunsch, der Referent möge bald wiederkommen, zeigte, daß der Samen des Sozialismus auf guten Boden gefallen ist und selbst in diesem rein bäuerlichen Dorfe sich die Wahrheit Bahn bricht.

Biehla. Versammlung. In Engelmanns Gasthof fand eine öffentliche Wählerversammlung statt. Referent Genosse Dr. Ludwig Deppe aus Dresden geißelte die Regierung Wilhelms II. und die noch nicht entfernten reaktionären Kräfte, die mit allen Mitteln das alles, was unsere Genossen in der Regierung gern durchgeführt sehen wollen, zu durchkreuzen bestrebt sind. Einen scharfen Trennungsstrich führte der Referent auch gegen links. Dies hatte die Kommunisten sehr verschnupft und nachdem von diesen drei Redner in gehässiger Form über unsere Genossen in der Regierung geschimpft hatten, forderten sie auf, das alle Anhänger des Kommunismus den Saal verlassen sollten. sie wollten unsere Genossen nicht zu Wort kommen lassen. Es folgten aber nicht alle, so daß unser Genosse noch das Schlußwort halten konnte. Es sind herrliche Leute, die Kommunisten! Auf wessen Seite der wahre Erfolg war, kann jeder vernünftige Mensch, der der Versammlung beiwohnte, leicht beurteilen.

Möckerling. Hitzköpfe. Nicht unter der Parole: „Auf Sozialisten schließt die Reihen", sondern „Spaltet euch die Schädel", stand eine öffentliche Wählerversammlung, welche am hiesigen Orte stattfand. Genosse Breuer hielt ein ausführliches Referat über die Wahlen am 20. Februar und beleuchtete die Stellung unserer Partei zu den verschiedensten Tagesfragen eingehend. Die Ausführungen wurden von den anwesenden Kommunisten durch liebliche Redensarten öfters unterbrochen. In der Aussprache bemühte sich ja der kommunistische Redner, sachlich Kritik zu üben, aber seine schlagwütigen Anhänger bewiesen alles andere, nur die „Tatsache", daß sie Kommunisten sind. Das die Moskauer Weltrevolution marschiert, merkte man an dem Schnaps, der verschiedene Köpfe der Geister umnebelte — auch ein Erziehungsprodukt des „Klassenkampfes". Darum Arbeiter, erkennt den Abgrund, in den diese Sorte Klassenkämpfer eure sozialistischen Ideale führen will; sie führt nur in die traurigsten Zeiten des Junkertums. In seinem Schlußwort ermahnte Genosse Breuer die Anwesenden nochmals, am 20. Februar nur ihre Stimme der SPD. zu geben. Damit fand die stark erregte Versammlung ihr Ende; ohne Zweifel war auch sie in der kommunistischen Hochburg Möckerling ein Erfolg.

Delitzsch Versammlung. Am Sonntag, den 6. Febr., fanden in Klitzschmar und Gr. Kyhna von unserer Partei öffentliche Wählerversammlungen statt, in welchen der Gen. Studt aus Halle, über die bevorstehenden Wahlen referierte. Seine vortrefflichen Ausführungen wurden mit Aufmerksamkeit angehört und fanden regen Beifall. In der Diskussion sprach ein Lehrer und ein Landwirt, welche anscheinend der demokratischen Partei angehörten Gen. Studt verstand es ausgezeichnet, die Ausführungen derselben zu widerlegen — Am Montag fand in Beerendorf eine Wähler-Versammlung statt, in der Gen. Stephan (Leipzig) über die bevorstehenden Wahlen sprach.

Delitzsch. Kreistagsitzung. In der letzten Kreistagsitzung wurde der Fortbildungsschulleiter Liebolt (Eilenburg) als Kreistagsabgeordneter eingeführt. Im Anschluß daran wies der komm. Landrat Raute (USP.) auf die ernste außenpolitische Lage Deutschlands hin, wie sie durch die ungeheuren Forderungen der Entente geschaffen worden ist. — Es wurden sodann Rechnungen der Kreissparkasse aus dem Jahre 1917 und solche der Kreiskommunalkasse für 1913/14 entlastet. Zur Schanksteuerordnung vom 2. 3. 1920 hat der Kreisausschuß einen Nachtrag vorgelegt, der eine erhebliche Erhöhung der bisherigen Sätze vorsieht. Die Steuer beträgt, wenn die Erlaubnis zur Errichtung einer neuen Wirtschaft oder eines neuen Kleinhandels erteilt ist und der Gewerbetreibende A. wegen geringen Ertrages und Kapitals von der Gewerbesteuer frei ist: a) für eine Gast- oder Schankwirtschaft 1200 Mk., b) für einen Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus 800 Mk.; B. in der vierten Gewerbesteuerklasse veranlagt ist: a) für eine Gast- oder Schankwirtschaft 2400 Mk., b) für einen Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus 1900 Mk.; C. in der dritten Gewerbesteuerklasse veranlagt ist: für alle Betriebe einheitlich 4800 Mk., D. in der zweiten Gewerbesteuerklasse veranlagt ist: für alle Betriebe einheitlich 8000 Mk.; E. in der ersten Gewerbesteuerklasse veranlagt ist: für alle Betriebe einheitlich 12 000 Mark. Die vom Kreisausschuß festgelegten Sätze fanden die Genehmigung des Kreistages. — Ein Ergänzungsbeschluß zu § 16 der Satzungen der Bankabteilung der Kreissparkasse besagt, daß die Stadt Delitzsch von der Haftpflicht ausgeschlossen ist die Stadt Eilenburg übernimmt die Haftpflicht und nimmt demzufolge, gemäß ihrer Einwohnerzahl, an dem zu gemeinnützigen Zwecken zu verwendeden 50proz. Ueberschuß teil. Ein Zusammenarbeiten der Bankabteilung der Delitzscher Stadtsparkasse mit der Kreisbank wird sich auch in Zukunft nicht umgehen lassen. — Der Regierungspräsident in Merseburg scheint noch am alten bureaukratischem System festzuhalten. Dies ergab sich daraus, daß die bereits am 8. September v. Js. beschlossene Besoldungsordnung für die Beamten und Angestellten des Kreises nochmals durch einen formellen Beschluß des Kreistages beschlossen werden mußte. Abgeordneter Richter (Delitzsch) fragte hierbei an, aus welchem Fond den Kreisbeamten und Angestellten Zuwendungen zu Weihnachten in Höhe eines Monatsgehaltes gezahlt worden seien. Der Vorsitzende antwortete, daß die hierzu notwendige Summe von 50 000 Mk. aus dem Fond für Bewirtschaftung von Fett und Fleisch entnommen worden ist. — Um die Unterbringung der Kreissparkasse Kreiskommunalkasse und Kreisbank zu ermöglichen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210210-11/fragment/page=0006

... das vom Kreis gekaufte Haus Markt 9 nach den dem Kreistag vorliegenden Plänen des Architekten **Kallmeyer** (Halle) umgebaut werden. Hierzu wird eine Anleihe in Höhe von einer Million aufgenommen, die mit 5 Prozent verzinst und mit ein Prozent getilgt wird. Der Umbau und die Aufnahme der Anleihe wurde mit 27 gegen 6 Stimmen beschlossen. Eine Wertzuwachssteuerordnung wurde mit einigen kleinen Aenderungen in der vorgelegten Fassung angenommen. — Die Errichtung eines Wohnungsamtes für den Kreis rief eine längere Aussprache hervor, in der es den Linksparteien möglich war, einige wichtige Aenderungen in die Satzungen hineinzubringen. — Dem Kreisbrandmeister Kasper (Delitzsch) wurde eine jährliche Entschädigung von 2000 Mk. bewilligt. — Für die Krankenversicherung der Kreiskommunalbeamten wurde ein Betrag von 5000 Mk. unter der Bedingung ausgeworfen, daß die Versicherung bei der hiesigen Ortskrankenkasse erfolgt. — Sodann sprach der komm. Landrat allen Kreistagsabgeordneten seinen Dank für ihre rege Mitarbeit im Interesse des Kreises aus.

Mansfeld. Die „arischen Edellinge" in Mansfeld. Um die Sache der sog. „Deutschvölkischen" in Mansfeld scheint es nicht besonders gut zu stehen! Wenn man nach Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden, der von bekannter Seite aus in gemeiner Weise verleumdet und beschuldigt wird, einen solchen aus Leimbach, und noch dazu jemand, der sonst die Versammlungen nie besucht hat, holen muß, wenn man ferner, um die Mitglieder zum Besuch der Versammlungen zu zwingen, für unentschuldigtes Fernbleiben eine Mark „Strafe" festsetzt — so denkt man sich eben sein gut Teil! Ein „alldeutscher" Jüngling, namens Wageleben, Landwirtschaftsgehilfe vom Amt Leimbach, scheint sich jetzt besonders hervorzutun! Er redet besonders hohe Töne, warnt die „Deutschvölkischen", jedenfalls aus Angst, an die Oeffentlichkeit zu treten, er spricht davon, sie sollen sich erst selbst erziehen, mindestens 99 Prozent der Mitglieder wußte anscheinend nicht einmal, was „deutschvölkisch" heißt. Unter den 99 Prozent wird er anscheinend wohl selbst sein!! O du törichter Jüngling, glaubst du etwa, daß ein aufgeklärter Proletarier heute euren antisemitischen Verbrechereien und Verstiegenheiten noch Glauben schenkt? Selbst in den Kreisen der „Deutschvölkischen" in Mansfeld kommt man zu der Ueberzeugung, daß die Methode der antisemitischen Agitation lächerlich und erbärmlich ist! Wir brauchen Häuser des Friedens, Hütten des Friedens, Paläste des Friedens, bei „Christ, Jud und Heid!"

Sorgefeld. Begreiflicher Aerger. Am 4. 1. 1921 wurde in der Kreistagssitzung in Herzberg (Elster) der zur Wahl gestellte kommiss. Landrat Dr. Riese (Dem.) bei einer Stimmenhaltung mit 16 Stimmen der Unabhängigen, Mehrheitssozialisten, Demokraten und Deutschen Volksparteiler zur Bestätigung vorgeschlagen. Das war also „Mob". — Der von den Deutschnationalen erst kurz vor dem Wahlgang präsentierte Dr. Dryander, allen Beamten aus dem Unterrichtsfach wegen seiner Beamtenfreundlichkeit gut bekannt, plumpste mit 10 Stimmen der edelsten Volksluder aus dem Stall Hergt durch. „Mob". Deshalb schimpft er so über die Besetzung der Landratsposten. Ist er etwa seitdem schon wieder irgendwo durchgefallen? —

Gräfenhainichen. Mitgliederversammlung der SPD. Die in vergangener Woche stattgefundene Versammlung stand in dem Zeichen der Wahl. Nach der Verlesung und Genehmigung des Protocolls gab Gen. **Leine** einen kurzen Bericht über die Werbewoche. Es sind 42 neue Volksstimmenleser und acht neue Mitglieder gewonnen worden. Sodann berichtete Gen. **Andreas** über die Bezirksbeamtenkonferenz der SPD. in Halle. In der nachfolgenden Diskussion wurde von verschiedenen Seiten die Aufmerksamkeit darauf gerichtet, daß es unbedingt nötig ist, neben der politischen die gewerkschaftliche Organisation nicht zu vergessen. Sodann wurde über Wahlarbeit gesprochen. Alle Genossen müssen tatkräftig mit arbeiten, um bei der kommenden Wahl einen vollen Erfolg buchen zu können. Unter Punkt Verschiedenes wurde über die hiesige Fortbildungsschule gesprochen, und unseren im Stadtparlament sitzenden Genossen zur Pflicht gemacht, energisch für die Verlegung der Schulzeit in die Zeit bis abends 6 Uhr einzutreten und den Fortfall des Sonntagsunterrichts zu verlangen. Gegen eine von den nebenamtlich beschäftigten Lehrern eingebrachten Antrag, das Honorar pro Stunde von acht Mark auf 12,75 Mk. zu erhöhen, wurde Stellung genommen und unseren Vertretern Direktiven in die Hand gegeben. Zum Schluß forderte der Vorsitzende noch auf, daß die Wahlhelfer sich Wahlscheine besorgen, um an anderen Orten wählen zu können. Mit dem Appell, sich an der Wahlarbeit zahlreich zu beteiligen zum Wohle der Partei und der werktätigen Bevölkerung, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Vermischtes.

Erna Morena.

„Erna Morena fiel, wie immer, durch ihre aparte Toilette und ihren Hermelinmantel auf."

Man schrieb es im „Tag" im Bericht von einer besseren Festivität Berlins. Warum auch nicht?

Aber es gibt Leute mit Grundsätzen, die das stört.

Dazu gehört die kommunistische „Hamburger Volkszeitung". Sie druckt also wörtlich aus dem „Tag" ab, inklusive obiger Notiz und meint dazu mit gesträubter Feder:

„Goldgewänder, Silber, Hermelinmäntel, Diademe, wehende Reiher, schon „aus"gezogenen Frauen. . . .

Zur selben Stunde ringen Millionen von Menschen mit ihrem Elend, wissen Millionen von Menschen nicht ihren Hunger zu stillen, legen Hunderte von Menschen selbst Hand an sich, weil sie keine Rettung mehr sehen aus all der Not.

Proletarier in Not! Proletarier wacht auf! Besinnt euch auf eure grauenvolle Lage! Erwacht zum Denken — und handelt!

„Verschlemmen soll nicht mehr der faule Bauch, was fleißige Hände erworben."

An diesem Abend soll **Wilhelm Herzog**, dem kommunistischen Bürgerschaftskandidaten in Hamburg, dem ehemaligen Chefredakteur der „Hamburger Volkszeitung" und zu gleicher Zeit Ehegemahl besagter **Erna Morena** der Bissen im Munde stecken geblieben sein. . . ."

Literatur.

Sämtliche hier angezeigte Bücher und Schriften können, wie überhaupt jedes andere Buch, durch die Buchhandlung der „Volksstimme" Gr. Ulrichstraße 27 bezogen werden.

Natur. Illustrierte Halbmonatsschrift für Naturfreunde. Aus dem Inhalt des soeben erschienenen Heftes 7/8 sei hervorgehoben: Die Einsteinsche Relativitätstheorie v. Reg.-R. Dr. P. **Gehne**. Einseitigkeiten in der Verbreitungsgeschichte der Völker v. Prof. Dr. Th. **Arldt**. Sind die Hauptzüge der Erdoberfläche beständig? v Prof. Dr. F. X. **Schaffer**. Astronomisches im Februar 1921 v. Prof. Dr. A. **Krause**. Den Abhandlungen sind gut gelungene Abbildungen beigefügt. Verlag der „Natur". Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft, Leipzig.

Im Verlag von J. H. W. **Dietz** Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sind vor kurzem zwei wertvolle Bücher erschienen:

„Der britische Sozialismus der Gegenwart (1910—1920) von M. **Beer**, dem Verfasser der Geschichte des Sozialismus in England und

Sowjet-Rußland in der Wirklichkeit. Von Dr. L. **Galin**. Aus dem reichen Inhalt des letzteren heben wir hervor: Die russischen Kommunisten. Die politischen Parteien. Die äußere Politik. Die Rote Armee. Die Arbeiter und die Sowjetregierung. Die Bauernfrage. Kirche und Staat. Antisemitismus und Pogrome. Das sexuelle Problem. Bildung und Kunst. Die Ernährungsfrage. Ursprung der Sowjet-Bourgeoisie. Die russische Intelligenz in der Revolution. Die Sowjetbeamten und anderes. Preis karton. 6 Mk.

Das erstere Buch von M. Beer ist eine Ergänzung zu seiner Geschichte des Sozialismus in England Mit lebendiger Klarheit schildert er die einzelnen Strömungen die sich seit 1908 vorwiegend in der englischen Arbeiterschaft bemerkbar machten. Die sozialrevolutionäre Gärung unter derselben, dann die Arbeiterpolitik während des Weltkrieges. Die Umgestaltungen, die die einzelnen sozialistischen Parteien und auch die parlamentarische Vertretung der Arbeiterschaft durchmachen mußten.

Wer seinen Blick für die inneren Vorgänge in der Arbeiterklasse Englands und Rußlands schärfen will, dem sei zur Anschaffung beider Bücher nur geraten.

Briefkasten der Redaktion.

F. K., Beesen. 1. Ob Sie die Kosten für die Wirtschafterin von dem Einkommen abziehen können, wird sich nach der Höhe desselben richten. Geben Sie dieselben in der Steuereinschätzung mit an. 2. Wenn Sie zum Unterhalt Ihrer Schwiegereltern gesetzlich verpflichtet sind, können Sie die Kosten hierfür in der Fabrik in Anrechnung bringen lassen.

Nr. 100 Z. Die Bezahlung Ihres Sohnes wird sich nach den etwa bestehenden Tarifverträgen in dieser Branche oder aber nach dem abgeschlossenen Lehrvertrag richten. Der Lehrling darf in seiner Freizeit treiben was **er** und nicht der Meister will. Die Drohung mit dem Gewerbegericht ist lächerlich. Der Meister muß angehalten werden, den Lehrling **fachgemäß** zu beschäftigen. Ueber 8 Stunden darf nach dem Gesetz kein Lehrling arbeiten.

E. A., Henriettenstr. Ein gesetzlich zu begründender Anspruch auf feste Anstellung besteht nicht.

Für den Wahlfond gezeichnet:

Pfarrer L 400 Mk., Angestellter B. 10 Mk., Stiftungsfest „Freie Sänger" 200 Mk., E. A. 5 Mk., auf roten Scheck 20 Mk.

Sammelt weiter für den Wahlfonds!

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul **Täumel**; „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi **Lanke**; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil K. **Garbe**; für die Inserate Wilhelm **Herzig**; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der geselligen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Zeitz. Freitag, abend 7½ Uhr, Vorstands- und Wahlausschußsitzung. Am Montag, den 14. Februar Mitgliederversammlung in der „Guten Quelle". Vollzähliges Erscheinen wird erwartet. **Der Vorstand.**

Merseburg. Am Donnerstag, den 10. Februar, im Kasino **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung: 1. Großwahltag. 2. Parteiangelegenheiten. Alle Mitglieder müssen erscheinen. **Der Vorstand.**

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Freitag, den 11. Februar 1921, gegen Vorlage der Lebensmittelscheine an die Inhaber der Nummern 18 001—22 500 vormittags von 8—12 und 22 501—27 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushalts werden 115 Gramm zum Preise von 1 Mk. abgegeben.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Freitag, den 11. Februar auf den Abschnitt 49 für die eingetragenen Kunden bei den Milchhändlern **Ende**, Delitzscher Str. 10. **Kunze**, Körnerstr. 31 und den Milchhändlerinnen **Ebert**, Gr. Brunnenstr. 54 und **Stein**, Spitze 8. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund zum Preise von 1,28 Mark abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Montag, den 14. Februar abzuliefern.

Zuckermarken für Gastwirtschaften. Die Inhaber von Gastwirtschaften werden aufgefordert, die für ihre Betrieb entfallenden Zuckermarken, und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A—F am Freitag, den 11. Februar, G—K am Sonnabend, den 12. Februar, L—O am Montag, den 14. Februar, P—R am Mittwoch, den 16. Februar, S—Z am Donnerstag, den 17. Februar, vormittags von 8—12½ Uhr im Stadternährungsamt, Zimmer 22, abzuholen. — Schankerlaubnisschein ist vorzulegen.

Aus frischer Zufuhr:

Cabliau ohne Kopf Pfund 4.60
Seelachs ohne Kopf Pfund 3.80
Große grüne Heringe Pfund 2.50 (keine Vollheringe)
Bücklinge keine Lagerware Pfund 4.20

Carl Ihde, Kieler Fisch-Börse
An der Moritzkirche 3, Telefon 3617.
Marktags: Verkauf Hallmarkt an der Treppe.

Der billige Verkauf meines erstklassigen **Rahmenstiefel-Angebots** für Damen, Grösse 36—39. Herren, Grösse 40—43, wird fortgesetzt.
Nie wiederkehrende Kaufgelegenheit! — Jeder Preis ein Schlager der Billigkeit!
Jedermann findet das Passende im Fenster ausgestellt.
Eine besondere günstige Kaufgelegenheit in schwarzen und braunen **Kinder-Lederstiefel** mit kleinen Fehlern. 20/22 26,50 — 23/24 29,50 — 25/26 34,50
Schuhhaus-Roland, Steinweg 19

Genossen! berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Geschäftsinhaber, die in Eurem Parteiorgan !! ihre Verkäufe anzeigen. !!

Reclams Universal-Bibliothek
Preis 1.50 pro Nr.
empfiehlt die
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

20% Rabatt gewähre gegen bar auf sämtliche Wäsche-Artikel, Kleiderstoffe, Blusen, Röcke, Kinderkleider etc. etc. bis zum 15. Febr. 1921.
Friedrich Gronau, Barfüßerstr. 16.

Ia. Roßfleisch- und Wurstwaren
H. Böhlert & Co., G. m. b. H.
Telefon 1568, 4046. Glauchaerstrasse 75.
Verkaufsstellen:
Böhlert, Glauchaerstr. 75, „ Oleariusstr. 3, — Müller, Pfännerhöhe 41,

Geh. Med.-Rat Dr. Schroeder's Heilinstitut
für Haut- u. Geschlechtsleiden
Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 54, I. Tel. 6497.
Spezialkuren (ohne Berufsstörung) bei Harnröhrenerkrankungen, Ausfluss bei Männern und Frauen, Syphilis, sex. Schwächen.
Blutuntersuchung — Künstl. Höhensonne
Sprechstunden des leit. Spezialarztes:
Wochentags 10—1, 3½—6½ auss. Mittw. nachm.
— Getrennte Warteräume —

Gebt Euren Kindern **Kinder-Nähr-zwieback** aus feinst. weiss. Mehl
W. Große, Goethestrasse 7.

Pilo der hervorragende Schuhputz
in der altbewährten Qualität jetzt wieder überall erhältlich.
Hersteller: Adolf Krebs Mannheim.
Verlangen Sie überall Pilo-Extra (friedensmässig hergestellt).

Amtliche Bekanntmachungen.

Weißenfels

Bekanntmachung.

Vor Ablauf des Rechnungsjahres 1920/21 wird nochmals auf die Bestimmung in den Stromabgabebedingungen des städt. Elektrizitätswerkes hingewiesen, wonach jeder Konsument dem Werk einen jährlichen Stromverbrauch von 30 KWst zu garantieren hat. Wird dieser Verbrauch nicht erreicht, dann wird die Differenz am Ende des Rechnungsjahres den Stromabnehmer in Rechnung gestellt. Die Differenzbeträge werden am 1. April 1921 fällig.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Um Diebstähle von Zählern, Sicherungen und Installationsmaterial in den Häusern der Stromabnehmer unmöglich zu machen werden alle Konsumenten ersucht, nur den Personen Zutritt zu den elektrischen Anlagen zu gestatten, die sich einwandfrei legitimieren können. Das Personal des städt. Elektrizitätswerkes ist für das Jahr 1921 mit gelben Ausweiskarten versehen, die auf den Namen des Angestellten lauten und das Siegel des Magistrats tragen. Ausweiskarten anderer Farbe haben keine Gültigkeit.

Der Magistrat.

Kaufgesuche

Gold-, Silber- Platin-Bruch, Zahngebisse! alte Münzen! kauft zu höchsten Preisen
Wessner, Fleischerstraße 18.

Vermischtes

Schmierseife Seifenpulver Kernseife empfiehlt für Wiederverkäufer und Großbez.
F. W. Paul Richter Halle a. d. S., Magdeburgerstr. 11 Fernruf 5797.

Strümpfe jeder Art, neu und anstricken.
Winterstein, Oleariusstraße 9.

Dauerhafte **Geldscheintaschen** in pa. Leder und jeder Ausführung!! sehr preiswert,
H. Krasemann Lederwar.-Spezialgesch. nur Schmeerstraße 19.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210210-11/fragment/page=0007

Halle, Vergnügungen usw.

Walhalla-Lichtspiel-Theater, Gr. Steinstraße 49.

Cafehaus Monopol, Inh.: Frau Schumann. Täglich Konzert. Gegenüber dem Stadttheater. Alte Promenade 1 b. Ecke Schulstraße.

Richard Adam, Weine, Spirituosen. Brüderstraße 2. Tel. 3989.

Biophon-Theater Gr. Ulrichstr. 57. Großstadtprogramm — 4 bis 11 Uhr Vorstellung. Nur Erstaufführungen.

Allgemeines.

Georg Schmidt, Zigarren, Zigaretten und Tabak Halloria-Stolz Ludw. Wuchererstraße 60.

Johs. Schloßmann, Zigarren, Zigaretten und Tabake. Telephon 5561. Leipzigerstraße 12.

Joh. Steinmetz, Leipzigerstraße 8. Leinen — Wäschefabrik.

Fritz Mösenthin, Burgstraße 1. Telephon 3450. Manufakturwaren.

Bernh. Haeni, Schmeerstr. 2. Korsetthaus.

Hutumpreß-Anstalt B. Brustawitzki. Magdeburger Str. 27.

Heinrich Wittenberg, Leipzigerstraße 103, II. Kohlen-Abteilung. Fernsprecher 6512. Baustoff-Abteilung Fernsprecher 6502.

Otto Just, Kohlen u. Holz, Ludwig-Wuchererstr. 45. Fernsprecher 5649.

Franz Zenk. Kleiner Berlin 2. Die große Hut-Fabrik.

Merkur-Drogerie, Ludwig-Wuchererstraße 75. Drogen, Farben, Photo-Artikel, Verbandstoffe. Fernsprecher 6954.

Arthur Täglich, Ingenieur, Lindenstr. 8.

Schmidt & Erdel Buchdruckerei. Anfertigung von Drucksachen aller Art. Fernruf 2172. K. Ulrichstraße 8.

Huldreich Schmelzer, vorm. Albert Schmidt. Kordwaren-Fabrik. Große Steinstraße 54/55.

Hausierer und Wiederverkäufer kaufen Textilwaren günstigst bei **Vater & Tümmler,** — Fernruf 3927. — Landsbergerstraße 52.

Makulaturpapier jederzeit zu haben. Große Brauhausstr. 17 b. Pörtner.

Theuring & Ackermann, Triftstraße 24. Großer Umsatz. Höchste Preise.

A. Schenkalowski, Krackendergstr. 23. Rohproduktion-Großhandlung Kauft Wetzel, Felle Lumpen, Papier. — Telefon 4260.

G. Schaible, Möbel jeder Art. G. Märkerstr. 26.

J. Seydel, Mostrich und Essig. Rathausstr. 15

L. A. Kielpennig, Uhren u. Goldwaren, Optik Reilstr. 129.

Otto Thormann jun. Raffineriestr. 46. Kauft Möbel, Wäsche, Schulwerk, a. Nachl., höch. Tagespr.

Karl Fernitz, Telephon Nr. 3574 Beerd.-Institut „zur Ruhe" Landwehrstr. 8.

D. Heimsath & Sohn, Schneiders-Gesellschaft Steg 19.

J. Ewald, Steinweg 2. Fernruf 6578. Silbereinrahmungen.

Mehnert & Mildener Kohlenhandlung Merseburgerstr. 45 b. Telephon 6321.

P. Münster, Manufaktur. Ludw.-Wuchererstr. 70 Schulstraße 13.

Eduard Graf, Marktplatz 11. Bettfed.-u. Betten Spezialhaus

D. Gutfisser, Moritzkirchhof 10. Handleiterwagen u. einzelne Räder-Spezial-Geschäft.

H. Layer, Kl. Ulrichstr. 27. Anfertigung feiner Herrengarderobe nach Maß.

Bitterfeld.

Palast-Theater. Halleschestraße 26. — Moderne Lichtspiele. — Fernruf 251.

Kaffee Rich. Saul, Kaiserstraße 4. Reichhaltiges Konditoreibäckerei. Biere und Weine.

Trinkt Bitterfelder-Biere

Lehmann & Wolff, vorm. H. Weile Nachf., Burgstraße 25. Kurz-, Weiß- und Wollwaren. „Damenputz", Burgstraße 7. Telefon 107 und 239. Telegr.-Adr.: „Lewoco".

A. Rausch Nachf., Kirchstr. 1., Telephon 188. Paramenten, Woll-, Weißwaren, Trikotwaren, Wäsche, Leinen- und Baumwoll-Waren.

Paul Wille, Burgstraße 51. Hüte. Mützen. Schirme.

A. Schirrmeister, Kaiserstr. 7. Spezialgeschäft feinster Schokoladen und Konfitüren.

K. C. Müller, Tabakfabrikate für Wiederverkäufer.

Reinhold Schirrmeister, Stetzstraße 7 am Bahnhof. Zigarren. Zigaretten. Tabake.

Möbelfabrik Quilitzsch.

B Musterschutz

Aluminium-Kochgeschirre u. andere Küchenartikel en gros. Aluminiumwaren-Fabrik. ! Die beste Bezugsquelle. en detail! **Kersten & Schotz,** Halle a. S., Adolfstraße 9/10.

Dauerwäsche

C. Klappenbach Gr. Ulrichstr. 41. Gummiwaren.

A. Schumann Gummiwaren Steinweg 46/47.

Adolf Gödecke Optische Anstalt, Poststr. 9/10

Willy Sernau Mantel-Haus, Schulstraße 11.

Herm. Zierfuß Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage.

Gebr. Schubert Prostfabrik u. Mühle Merseburgerstraße 102. Telefon 6675.

Emil Schrön Rannischestr. 19. Älteste Spezial-Uhren-Reparaturwerkstatt. Schnell, gut, billig.

Gottfried Schraut Uhrmacher Eigene Reparaturwerkstatt 4 Schmeerstr. 4.

Karl Weber Zigarren-Spezial-Geschäft im Groß- u. Kleinverkauf Advokatenweg 20.

Wünsch & Kaps, Ludwig-Wuchererstraße 1a ∴ Fernruf 5572. Seilerwaren und Polstermittel

Abfahrt der Züge **Naumburg**—Weissenfels—Corbetha—**Leipzig** u. zurück.

| | | |